



**Protokoll der 7. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, den 25. April 2012, 18.00 Uhr, Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Michael Lerch

Namensaufruf: 38 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Marcel Epper und Mario Weber

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Sekretär: Jost Kuoni

- - -

TRAKTANDEN:

- 32 Mitteilungen
- 33 Protokoll vom 18. Januar 2012
- 34 Sanierung und Ausbau Langfeldstrasse, Langdorf- bis Langfeldkreisel, erste Ausbaustufe
und Landerwerb für den Endausbau
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 35 Dachausbau Gaswerkstrasse 13, Hauptgebäude Werkbetriebe, Verbesserung der Isolation
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Sehr geehrter Herr Stadtmann, Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Fast ein Drittel des Jahres ist schon wieder Geschichte und unser Rat trifft sich erst zum zweiten Mal. Ich hoffe, dass die übrigen zwei Drittel des Kalenderjahres in Bezug auf die Ratssitzungen etwas intensiver verlaufen und die Ratsgeschäfte nicht plötzlich in geballter Ladung eintreffen, so dass dann die Ratssitzungen plötzlich bis in die tiefe Nacht dauern.

Vor knapp zwei Wochen wurde der gut einjährige Wahlmarathon mit der Kantonsratswahl im Thurgau abgeschlossen. Ich gratuliere an dieser Stelle allen neu- und wiedergewählten Kantonsräten ganz herzlich. Soweit die Kantonsrätinnen und -räte zugleich dem Gemeinderat von Frauenfeld angehören, hoffe ich, dass sie beide Mandate gut unter einen Hut bringen können, so dass in den nächsten Wochen nicht plötzlich eine Rücktrittswelle aus unserem Rat einsetzt. Ich bitte die Frauenfelder Kantonsrätinnen und -räte bei der Vertretung von Geschäften im Kantonsparlament nicht nur die Parteiinteressen im Hinterkopf zu haben, sondern vor allem auch die Interessen der Stadt Frauenfeld zu vertreten."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 38 Ratsmitglieder anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Ratsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 20.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt und es liegen dazu keine Änderungsanträge vor. Somit gilt diese als stillschweigend genehmigt.

32

MITTEILUNGEN

32.1 *Christian Wälchli; Ersatzwahl in den Gemeinderat*

Mit Beschluss Nr. 85 vom 20. März 2012 erklärt der Stadtrat als Nachfolger von Gemeinderat Heinz Pfändler den ersten Ersatzkandidaten auf der Liste der EVP, Christian Wälchli, wohnhaft an der Neuhauserstrasse 60a, ab 1. Juli 2012 als gewählt. Die Verabschiedung von Gemeinderat Heinz Pfändler findet an einer späteren Ratssitzung statt.

32.2 *Einfache Anfrage von Gemeinderat Christian Schmid; Beantwortung*

Die Einfache Anfrage von Gemeinderat Christian Schmid betreffend Preistransparenz für Einspeisung und Verkauf von Strom aus erneuerbaren Energiequellen wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 111 vom 17. April 2012 beantwortet.

32.3 *Einladung für die Ratssitzung vom 9. Mai 2012*

An den Plätzen der Ratsmitglieder liegt die Einladung zur Wahlsitzung, die am 9. Mai 2012, Beginn 18.00 Uhr, stattfindet, auf.

32.4. *Sportliches*

Beim Volleyballturnier am 23. März 2012 bildeten sechs Ratsmitglieder ein Volleyballteam unter dem Mannschaftsnamen „Rhetoriker“. Das Team bestand aus Pascal Frey, Stefan Leuthold, Ernst Rüsi, Jörg Schläpfer, Roland Wyss und dem Ratspräsidenten Michael Lerch. Nach mehreren bis zur letzten Sekunde spannenden Spielen erreichte das vorgenannte Team den dritten Platz. Den Siegerpokal unter den vier Teams verdiente sich die Mannschaft der Einwohnerdienste der Stadtverwaltung.

An den Plätzen liegt die Voranzeige zum traditionellen Fussballspiel FC Gemeinderat gegen FC Stadtverwaltung, das am Freitag, 24. August 2012, auf der Sportanlage Kleine Allmend stattfindet, auf.

Am 25. August 2012 findet der traditionelle Frauenfelder Stadtlauf statt. Gemeinderat Andreas Elliker, der letztes Jahr bei der Elite den ersten Vorstadtsprint gewonnen hat, koordiniert und betreut die Gemeinderäte, die am Prominentenlauf teilnehmen.

Jörg Schläpfer und Andreas Elliker freuen sich über zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Rückspiel FC Gemeinderat Frauenfeld gegen den FC Kantonsrat Thurgau, wird am Samstag, 27. Oktober 2012, auf der Kleinen Allmend, ausgetragen. Anpfiff ist um 10.30 Uhr.

Der **Ratspräsident** gibt diese Sporttermine bereits bekannt, damit sich die teilnehmenden Ratsmitglieder jetzt schon vorbereiten und auf diese Sportanlässe hin trainieren können.

33

PROTOKOLL VOM 18. JANUAR 2012

Für das vorstehenden Protokoll sind beim Ratsbüro bis heute keine Änderungsvorschläge eingetroffen. Somit gilt das Protokoll vom 18. Januar 2012 als stillschweigend genehmigt und dem Verfasser herzlich verdankt.

34

SANIERUNG UND AUSBAU LANGFELDSTRASSE, LANGDORF- BIS LANGFELDKREISEL, ERSTE AUSBAUSTUFE UND LANDERWERB FÜR DEN ENDAUSBAU*Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung*

(Botschaft Nr. 9 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 13. März 2012)

Eintreten

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Wie in der Januarsitzung bereits zum ersten Mal für das Eintreten eingeführt, möchte ich darauf aufbauen. Falls sich Fraktionen oder Ratsmitglieder nicht zum Eintreten melden, dann deute ich dies als stillschweigende Zustimmung gemäss Art. 53 Abs. 4 unseres Geschäftsreglements und wir könnten direkt zur materiellen Beratung schreiten. Gibt es Wortmeldungen zum Eintreten?"

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Ich spreche im Namen der GPK Bau, Werke, Umwelt zum Eintreten auf die Botschaft des Stadtrates.

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen die Botschaft Nr. 8 zur Sanierung und Ausbau der Langfeldstrasse, erste Ausbaustufe und Landerwerb bis hin zum Endausbau. In der GPK Sitzung vom 28. März 2012 erteilten der zuständige Stadtrat Urs Müller sowie Thomas Müller, der Leiter des Tiefbauamts, Auskunft zur Vorlage.

Die Sanierung und der Ausbau der Langfeldstrasse folgen zwei Hauptbedürfnissen: Zum einen müssen die Werkbetriebe eine veraltete Wasserleitung dringend ersetzen sowie vergrössern, und zum andern gilt es die Erschliessung der publikumsintensiven Nutzungszone (Stichwort 'Allmendcenter') an die Hand zu nehmen. Zudem ist die übergeordnete Verkehrssituation zu berücksichtigen, nämlich die Tatsache, dass die Langfeldstrasse als parallele Verkehrsachse eine gewisse Entlastungsfunktion für die Zürcherstrasse Ost übernimmt. Da der Kanton plant, die Zürcherstrasse Ost zu sanieren, müssen die beiden Bauvorhaben abgestimmt werden, um grössere Beeinträchtigungen des Verkehrs zu verhindern.

Der *Ausbau* geschieht insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der publikumsintensiven Nutzungszone. Am weitesten gediehen ist hier das Projekt Allmendcenter. Es gibt jedoch auch andere Projekte, zum Beispiel auf dem Areal Tuchs Schmid, sowie längerfristig die geplante S-Bahn Haltestelle. Angesichts dieser Vorhaben wird die Verkehrsdichte in diesem Gebiet zunehmen, und mit dem Ausbau der Langfeldstrasse soll ein Beitrag zum Verkehrsfluss geleistet werden. Es soll jedoch nicht einfach eine Asphaltpiste erstellt werden, sondern auch gestalterischen Aspekten Rechnung getragen werden. Dies vor allem durch die geplante Baumreihe auf der Nordseite der Langfeldstrasse.

Der *Landerwerb* - es handelt sich um zirka 1'600m² - schliesst die zweite Ausbautappe mit ein, auch wenn diese nur bei Bedarf realisiert werden soll. Das Vorgehen wurde gewählt, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Der gewährte Landpreis entspricht nicht dem tatsächlichen Wert, was jedoch durch Entgegenkommen bei Anpassungsarbeiten und Wertsteigerung wettgemacht wird.

Die *Verkehrsbelastung* im Gebiet der publikumsintensiven Nutzungszone wird zunehmen, auch wenn die Erschliessung durch den ÖV gegeben ist und zum Beispiel für das Allmendcenter eine UVP verlangt wird. Ob sich der Druck stadteinwärts auf die Breitenstrasse erhöhen wird, ist nicht erwiesen. Laut Tiefbauamt lassen Berechnungen erwarten, dass ein Grossteil des zusätzlichen Verkehrs via Autobahnausfahrt Frauenfeld Ost anfahren und auf gleichen Weg wieder wegfahren wird. Die erste Ausbautappe allein soll also keinen Mehrverkehr auf der Langfeldstrasse ergeben.

Zu den *Kosten*: 880'000 Franken sind zweckgebundene Unterhaltskosten und deshalb in der Botschaft nicht inbegriffen; 320'000 Franken sind für den Landerwerb budgetiert. Die verbleibenden 650'000 Franken setzen sich aus zirka 200'000 Franken für die Baumallee und 450'000 Franken für Strassenbauarbeiten (Verbreiterung und Trottoir) zusammen.

Angesichts der erhaltenen fundierten Informationen war das Eintreten in der GPK unbestritten."

Gemeinderätin Brigitt Bohner: "Ich spreche für die Fraktion Grüne/GLP/CH. Der GPK-Sprecher hat eigentlich den Inhalt bereits wiedergegeben. Ich versuche mein Eintreten entsprechend zu kürzen.

Wir denken, dass es Sinn macht, gewisse Dinge zu kombinieren - die Reparatur- und Sanierungsarbeiten, deren Kosten nicht in die heutige Abstimmung fallen, und die Zusatzinformationen, welche diese Anträge erläutern und verstehen helfen, denn eigentlich stimmen wir nur über einen Ausbau, den ersten Ausbau, den Kredit für diesen Ausbau und den Landerwerb ab. Was den Landerwerb anbetrifft, beinhaltet dieser bereits schon die zweite Ausbautappe. Betreffend der Erschliessung dieses Gebiets habe ich mir erlaubt, aus dem Massnahmenpaket ein kleines Zitat heraus zu nehmen, welche die Richtplanung Siedlung und Verkehr beinhaltet: *Das Gebiet Langdorf ist eines der wichtigsten Entwicklungsgebiete in der Stadt. Das bestehende Strassennetz stösst bereits heute an die Kapazitätsgrenzen. Dies beeinträchtigt nicht nur die Erreichbarkeit des Gebietes, sondern schränkt insgesamt die Entwicklungsmöglichkeiten ein. Zudem ist die Fahrplanstabilität des Stadtbusses und zweier Regionalbuslinien von dieser Schwachstelle beeinträchtigt.*

Im Zentrum dieser Planung steht auch der Grundgedanke, das Stadtzentrum zu stärken und die Entwicklung - nicht nur des Verkehrs - im Gebiet Frauenfeld Ost zu lenken. An diesen Vorgaben muss sich die vorliegende Botschaft zum Ausbau der Langfeldstrasse messen.

Es sei an dieser Stelle auch eine Kritik angebracht. Mindestens wir in unserer Fraktion - fanden auch wenn der Stadtrat uns zum ersten Mal eine derartige Vorlage unterbreiten muss - dass die Botschaft verbesserungsfähig ist. Wir sind der Meinung, dass es gut gewesen wäre, wenn sich die Botschaft in Bezug auf die Zahlen klarer ausgedrückt hätte. Es fehlen die Herleitungen dieser Summen. Woher kommt beispielsweise die Zahl 650'000 Franken, die für die

Sanierung veranschlagt wird? Wir hätten gerne wie bei der schön illustrierten zweiten Etappe gehabt - die kommt ohnehin nur eventuell überhaupt zu Stande - dass auch die erste Ausbaustappe so schön illustriert worden wäre. Dies wäre nicht nur für uns, sondern auch für die Thurgauerzeitung hilfreich gewesen, die jetzt schon von 18,5 Metern Strassenbreite spricht, was erst in der zweiten Etappe geplant wäre.

Die Botschaft wurde in unserer Fraktion kontrovers und intensiv diskutiert, nicht nur wegen dieser vorerwähnten Mängel. Glücklicherweise hatten wir unseren Stadtrat Urs Müller dabei, der uns Klarheit verschaffte, wie dies auch bei der GPK der Fall war. Letztlich hat die Fraktion Grüne/GLP/CH - auch dies sei gesagt - ein Ja beschlossen. "

Gemeinderat Fredy Marty: "Es ist grundsätzlich begrüßenswert, wenn die Stadt alles unternimmt, um die Verkehrsströme optimal zu lenken. Ob das mit dem geplanten Ausbau der Langfeldstrasse gelingt, wage ich zu bezweifeln.

Wir stimmen heute über einen Kredit ab, von dem rund ein Drittel für den Landerwerb für den Endausbau benötigt wird. Gemäss Botschaft ergibt sich der Zeitpunkt der Ausführung 'aus dem effektiven Bedarf'. Es soll dereinst sogar eine separate Busspur gebaut werden, wobei wir nicht vergessen wollen, dass unser Rat den Versuchsbetrieb der Stadtbuslinie 5, Juch, vorerst bis Dezember 2014 verlängert hat. Wir sind uns also nicht sicher, ob der Bedarf zur Weiterführung dieser Linie in Zukunft gegeben ist.

Die Kreditvorlage ist eingebettet ins Verkehrskonzept Frauenfeld Ost. Die Stadtplaner rechnen allgemein mit guten Entwicklungsmöglichkeiten im Gewerbegebiet Langdorf/ Frauenfeld Ost und damit verbunden mit einer weiteren Verkehrszunahme. Wenn wir also heute der ersten Ausbaustufe zustimmen, schaffen wir mit den 320'000 Franken für den Landerwerb gleichsam ein Präjudiz für den Endausbau, nämlich einen Luxusboulevard, sozusagen eine Parallelautobahn zur A7, mit einer Strassenraumbreite von sage und schreibe 18,5 Metern. Wir sollen heute einen Kredit von fast einer Million für eine überaus grosszügig geplante erste Ausbaustufe sprechen, wobei dieser Kredit auf unsicheren Prognosen beruht.

Dass die Hauptwasserzuleitung ersetzt, die bestehenden Kanalisationsleitungen erhöht und die elektrischen Leitungen erneuert werden müssen, leuchtet ein. Die Fahrbahnverbreiterung hingegen erachte ich als unnötig und wirtschaftlich nicht vertretbar. Wenn die Verlängerung der Breitenstrasse, die 1997 klar abgelehnt wurde, realisiert worden wäre, würde der geplante Ausbau der Langfeldstrasse eher Sinn machen. Das hätte wohl zu einer nachhaltigeren Verkehrsentslastung geführt. Immerhin ist nun eine Mehrheit glücklich über die Entstehung des Murgauenparks. Breitenstrasse und Park, das wäre nicht möglich gewesen.

Ich habe die Langfeldstrasse im Hinblick auf die heutige Debatte etliche Male befahren und dabei festgestellt, dass die Fahrbahnbreite völlig ausreichend ist. Ein Kreuzen von grösseren Fahrzeugen ist eher selten und führt kaum zu Behinderungen bzw. zu nennenswerten Zeitverzögerungen. Auf dem einseitigen Trottoir von 2 Metern Breite sind nicht viele Fussgänger anzutreffen, die bei höherem Verkehrsaufkommen einer Gefahr ausgesetzt wären.

Ausserdem bin ich zu Stosszeiten auf der Zürcherstrasse Ost öfters stadteinwärts gefahren. Mehr als fünf bis sieben Minuten dauerte es selten, bis ich vom Tower Ost bis zur Erchin-gerstrasse vorankam. Der Leidensdruck des Wartens in einer Autoschlange ist in grösseren

Städten ungleich höher. Sehr ärgerlich ist hingegen der Rückstau, der sich bildet, wenn Autofahrer von der Bahnhofstrasse links in den viel zu kurzen Ast der Erchingerstrasse abbiegen, um auf die Zürcherstrasse zu gelangen. Wegen der engen Platzverhältnisse ist ein Vorbeifahren rechts auf der Bahnhofstrasse gar nicht möglich. An diesem neuralgischen Punkt glänzten die Verkehrsplaner nicht mit Weitsicht. Die Wiedereröffnung des Lindenspitzes wäre halt schon klüger, Stadtbus hin oder her, damit sich der Verkehr dort teilen kann, wo es am meisten Sinn macht. Dann könnte man auch die Kreisel- oder Signalisierungsdiskussion bei der Einmündung der Oberkirch- in die Zürcherstrasse wieder aufnehmen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass der geplante Ausbau der Langfeldstrasse in dieser Form übertrieben und wegen der unsicheren Verkehrsprognosen nicht gerechtfertigt ist. Die Stadt Frauenfeld macht sich mit ihrer Verkehrsplanung unglaublich, wenn sie eine Luxusstrasse baut, deren Bedarf aus heutiger Sicht überhaupt nicht ausgewiesen ist

Ich bin für die Sanierung der Langfeldstrasse, allerdings unter Beibehaltung der Fahrbahnbreite von 7 Metern. In Anbetracht der zu erwartenden Zustimmung für dieses Projekt in diesem Rat werde ich in der materiellen Beratung keinen Antrag stellen. Ich werde den Ausbau und den Kredit ablehnen. Ich danke Ihnen."

Gemeinderat Herbert Vetter: "Unsere Fraktion hat die vorliegende Botschaft ebenfalls eingehend beraten und ich kann es vorwegnehmen - wir werden den beiden Anträgen der Botschaft zustimmen.

Der Sanierungsbedarf der Strasse wie auch der Werkleitungen ist für uns ausgewiesen. Vor allem der Unterhalt beziehungsweise der Ersatz von Werkleitungen ist eine wichtige Kernaufgabe der Stadt und darf nicht vernachlässigt werden. Der Ausbau der Langfeldstrasse zur Entlastung der Zürcherstrasse ist ja gewollt und aus unserer Sicht sinnvoll. Das verbesserte Strassenangebot schafft jedoch auch Nachfrage und wird entsprechend Mehrverkehr generieren.

Wir hoffen einfach nicht, dass bisherige ÖV-Benützer auf die Idee kommen - infolge weniger Staus auf der Ost-/Westverbindung -, sie könnten wieder vermehrt mit dem Auto in die Stadt fahren. Gerade auch jetzt mit der ausgebauten Stadtbuslinie 5 sollte dies aber ja nicht eintreffen.

Einen wichtigen Aspekt findet unsere Fraktion, dass die erste Ausbaustufe unabhängig von einer zweiten Etappe uneingeschränkt nutzbar ist. Im Weiteren begrüßen wir es auch, dass der Landerwerb für den Endausbau bereits jetzt erfolgt. Wir finden dies durchdacht und auch gut so.

Wie eingangs erwähnt, wird unsere Fraktion den Anträgen zustimmen. Besten Dank."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich mache es zum Eintreten kurz. Ich rede Namens der Fraktion CVP/EVP. Wir beantragen Eintreten und danken dem Stadtrat jetzt schon für die offene, transparente und einwandfreie Darstellung des Projekts. Wir werden uns in der materiellen Beratung zu bestimmten Punkten noch einmal melden. Danke."

Gemeinderat René Gubler: "Ich kann es kurz machen, die Fraktion FDP/SVP/EDU ist einstimmig für Eintreten zum Geschäft."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Ich kann dem Projekt Langfeldstrasse aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen. Ich erachte es als überdimensioniert und vor allem die Baumallee ist aus meiner Sicht nicht eine Angelegenheit der öffentlichen Hand."

Begründung: Alleen in den Einfallachsen einer Stadt kann ich sehr befürworten. Sie verschönern ein Stadtbild und sie stellen eine freundliche Begrüssung für unsere Einwohnerinnen und Einwohner sowie unsere Gäste dar. Ein sehr schönes Beispiel dafür ist die repräsentative Allee an der Zürcherstrasse im Osten unserer Stadt. Schade ist allerdings, dass diese Allee nicht weiter in die Stadt gezogen wurde. Bei den Bewilligungen für den Thurgipark oder den Mc Donalds wurde es verpasst, die entsprechenden Auflagen festzulegen.

Die Situation an der Langfeldstrasse ist aber meines Erachtens eine ganz andere. Ich bin auch mehrmals dort vorbei gefahren und habe mir das Ganze vor Ort angeschaut. Die Langfeldstrasse - das Verbindungsstück zwischen Langfeld- und Langdorfkreisel - ist eine Nebenachse, die als Entlastungsstrasse für die Zürcherstrasse geeignet ist. Sie liegt in einem Industriequartier mit eventuell noch zu erwartenden Einkaufszentren. Für die Begrünung eines Industrie- und bestenfalls Einkaufsquartiers sind meiner Ansicht nach die jeweiligen Firmen und Eigentümer verantwortlich, wie das zum Beispiel jetzt schon von LIDL löblicherweise mit dem Pflanzen von einzelnen Bäumen auf dem dortigen Parkplatz in Angriff genommen wurde.

Hier mit öffentlichen Geldern eine Allee zu erstellen, erachte ich als unverhältnismässig und würde auch für manch andere Strassen Berechtigungen nach sich ziehen.

Eine etwas freundlichere Atmosphäre von Einkaufszentren oder Firmen muss doch im ureigenen Interesse des jeweiligen Geschäftsinhabers liegen. Dies stellt aber sicherlich nicht eine Aufgabe der öffentlichen Hand dar.

Die 200'000 Franken, sowie damit verbunden auch die jährlichen Unterhaltskosten, sind aus meiner Sicht eine Verschwendung von Steuergeldern und somit aus diesem Projekt zu streichen. Da ich mir aber bewusst bin - auch aufgrund der bereits gefallenen Voten -, dass ich diesbezüglich keine Mehrheit finden werde, verzichte ich auf einen solchen Streichungsantrag. Ich werde aber dem Projekt aus den genannten Gründen nicht zustimmen."

Das Wort zum Eintreten wird nicht mehr gewünscht. Anhand der Voten stellt der **Ratspräsident** fest, dass dem Eintreten stillschweigend zugestimmt wird und somit ohne formelle Abstimmung zur Materiellen Beratung übergegangen werden kann.

Materielle Beratung

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Nach den sehr ausführlichen Diskussionen in der Eintretensdebatte und den Informationen, die man der GPK seitens Stadtrates und der Abteilung Tiefbau zur Verfügung stellte, beschränkte sich die Materielle Beratung in der GPK auf einige wenige Aspekte.

Zunächst wurde auf Anfrage aus der Kommission von Stadtrat Urs Müller noch einmal festgehalten, dass die Realisierung der ersten Etappe den Endausbau nicht automatisch nach sich ziehen werde. Der Bedarf der zweiten Ausbauetappe werde abgeklärt und wenn die Zeit gekommen ist, dem Gemeinderat eine neue Botschaft unterbreitet. Es besteht also laut Auskunft des Stadtrates kein Präjudiz, wenn man der ersten Etappe zustimmt.

Materiell haben einzig die Kosten für die Baumreihen zu reden gegeben, welche auch in der GPK recht hoch erschienen. Dazu ist aber zu sagen, dass diese 200'000 Franken nicht als reine Anschaffungskosten für Bäume zu sehen sind, sondern die ganzen damit verbundenen Arbeiten miteinschliessen, die je nach gewählter Baumart höher oder tiefer sein können.

Wichtig ist hier, dass diese einseitige Baumallee ein gestalterisches Element darstellt, mit dem ein städtebaulicher Akzent gesetzt werden soll. Es sollen nicht einfach 'Alibibäumchen' gesetzt werden, sondern es soll bereits im Hinblick auf die nächste Generation gepflanzt werden. Wenn das nachher nach etwas aussehen soll, müssen diese Bäume ja bereits ein gewisses Alter aufweisen. Baumalleen brauchen Zeit und wie dies schon gesagt wurde, können diese zu sehr guten gestalterischen Elementen heranwachsen und genau dies ist die Absicht.

Es geht hier nicht nur um Strassenbau, sondern auch um einen Schritt zur Erschliessung und Gestaltung der 'Publikumsintensiven Nutzungszone'. Dies rechtfertigt diese Investition. Der Zeitpunkt auch zu dieser Pflanzung der Baumallee ist gut gewählt, weil sich so Synergien nutzen lassen, die sich aus Sanierung und Ausbau der Langfeldstrasse ergeben. Die GPK geht allerdings davon aus, dass mit den finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgegangen wird.

Ein letzter Punkt, der noch kurz angesprochen wurde, ist die zeitliche Terminierung der Arbeiten, da noch nicht mit allen Landeigentümern ein Abschluss erreicht werden konnte. Allerdings zeigt man sich diesbezüglich optimistisch, dass dies innert nützlicher Frist geschehen wird und Verzögerungen sich nur ergeben, falls Rechtsmittel ergriffen würden, was zum Zeitpunkt der Sitzung laut Auskunft des Stadtrates nicht der Fall ist oder war.

Die GPK Bau, Werke, Umwelt stimmt den Anträgen des Stadtrates auf Seite 5 der Botschaft einstimmig zu."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich rede im Namen der Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion. Die CVP/EVP-Fraktion stellt folgende Anträge:

- *Antrag 1 ist zu streichen.*
- *Antrag 2 soll wie folgt abgeändert werden bzw. lauten: Der Kredit von 320'000 Franken für den notwendigen Landerwerb zum Endausbau der Langfeldstrasse wird zulasten des Kontos 2131.50100.295 bewilligt.*

Ich begründe meine Anträge wie folgt:

Im September 2006 hat der Stadtrat sein 'Verkehrskonzept Ost' vorgestellt. Schon damals hat der Stadtrat betont, dass dieses Konzept unabhängig von der bevorstehenden Volksabstimmung über die F21 umgesetzt werden soll. Mit dem Ausbau einer Parallel-Achse von der Militärstrasse zur Oststrasse hat der Stadtrat die Zürcherstrasse im Osten spürbar entlasten wollen. In der Zwischenzeit sind wichtige Elemente umgesetzt worden.

- Neubau Langdorf- und Zeughauskreisel;
- Umbau Kreuzung Militär-/Breitenstrasse.

Damals hat der Stadtrat als zusätzliche Entlastung der Zürcherstrasse bzw. Varianten in Aussicht gestellt und zwar entlang der A7. Davon haben wir aber nichts mehr gehört.

Jetzt geht es darum, in einer ersten Etappe die Langfeldstrasse zwischen dem Langdorf- und dem Langfeldkreisel zu sanieren. Eigentlich sind uns solche Sanierungen für die sichere und bequeme Anfahrt mit dem öffentlichen Verkehr oder dem Auto zu publikumsintensiven Einrichtungen sympathisch. Gegen dieses Vorhaben haben wir auch nichts einzuwenden und im Grundsatz wären wir auch nicht dagegen. Trotzdem lehnen wir den Ausbau zum heutigen Zeitpunkt ab. Wir wollen wissen, ob und in welchem Zusammenhang dieser Ausbau mit dem übergeordneten regionalen Verkehrskonzept steht. Bis jetzt vermuten wir hinter diesem Vorhaben nicht 'Salamitaktik', sondern nur noch ein ganz kleines 'Salami-Rädli', um mit vielen kleinen Massnahmen hier und dort etwas zu flicken und so dem Volksbeschluss über den grossen Wurf - nämlich dem Umfahrungstunnel - möglichst auszuweichen. Die Sanierung der Langfeldstrasse kommt dem Fachmarkt und auch dem Stadtbus entgegen, zumindest jetzt im Versuchsbetrieb. Aber die Ausbauetappe 1 wird mehr Verkehr anziehen als Einkaufszentren und Fachmärkte.

Die Mehrheit unserer Fraktion kritisiert nicht die Planung, sondern schätzen die Weitsicht des Tiefbauamtes in diesem Projekt. Deshalb sind wir auch für den zukunftsgerichteten Landerwerb. Aber wir wollen Klarheit, was gebaut werden kann und was der Bürger will.

Deswegen bitten wir Sie, den Antrag 1 zu streichen und den Antrag 2 wie folgt zu ändern:

Der Kredit von 320'000 Franken für den notwendigen Landerwerb zum Endausbau der Langfeldstrasse wird zulasten des Kontos 2131.50100.295 bewilligt.

Ich danke für Ihre Unterstützung."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass zwei Anträge der Fraktion CVP/EVP vorliegen. Er gibt die Diskussion zu diesen Anträgen frei.

Gemeinderat Roland Wyss: "Ich spreche in eigenem Namen, Sie haben den Antrag von Stefan Geiges gehört. Ich bin auch für diesen Antrag. Ich bitte Sie, diesen ebenfalls zu unterstützen. Einerseits bin ich der Auffassung, dass dieses Projekt überdimensioniert ausfällt. Zum anderen, wie es Stefan Geiges erwähnt hat, bin ich auch der Meinung, dass es richtungsweisend ist und zusammen mit einem Verkehrskonzept sowie vor allem auch mit einer Abstimmung über einen allfälligen Umfahrungstunnel wieder eingebracht werden müsste.

Was mich aber am meisten stört - und deshalb bin ich auch gegen das ganze Projekt - ist die Sichtweise des Velofahrers. Wie Sie aus dem in der Botschaft aufgeführten Bild ersehen, können gerade im Bereich, wenn der Velofahrer mit dem Stadtbus in einer Linie fahren müsste, gefährliche Situationen entstehen. Es sind zwei Bushaltestellen in diesem Bereich vorhanden, sofern der Betrieb der Linie 5 noch verlängert wird. Für mich ist klar, dass in einem solchen Gebiet der Fahrradstreifen auf die Höhe des Trottoirs und nicht auf die Strasse gehört. Deshalb werde ich diesen Antrag unterstützen."

Gemeinderätin Brigitt Bohner: "Ich spreche im eigenen Namen. Ich würde Sie gerne bitten, diesen Antrag abzulehnen. Beide Redner, vor allem der antragstellende Gemeinderat Stefan Geiges, sprechen sich für den Landerwerb aus. Sie sprechen sich dafür aus, dass die Stadt das Land erwirbt, falls sie dann eines Tages irgendwann dort im Zusammenhang mit der Erschliessung dieses Quartiers etwas bauen würde. Dies kann ich nur unterschreiben, und festhalten, dass auch ich dieser Meinung bin. Vorher hat Gemeinderat Marty erwähnt, wie es in der Altstadt schwierig ist. Das hat nicht zuletzt etwas damit zu tun, dass wir es mit einer gewachsenen Struktur zu tun haben, die nicht beliebig noch mit Landerwerb Strassen verbreitern oder verändern könnte. Dort werden wir uns in Bezug auf die Verkehrsführung auf das Lernen miteinander im Verkehr umzugehen, umstellen müssen.

Dieses Areal, die publikumsintensive Zone, die dort mit verschiedenen Zentren gebaut werden soll - die ein lebendiges, wirtschaftlich pulsierendes Gebiet, das quasi ein neuer Stadtteil von Frauenfeld werden soll -, wird Verkehr, viel Verkehr, anziehen. Davon sind wir in unserer Faktion überzeugt. Ich werde es jetzt vorwegnehmen. Ich wollte es in der Diskussion sagen. Anfangs Januar erschien in der Zeitung ein Bericht über ein geplantes Zentrum, das in etwa 450 Parkplätze beanspruchen würde. Unabhängig davon, ob dieses Zentrum nun gebaut wird oder nicht, rechnen Sie mit mir zusammen. So ein Parkplatz in einem Einkaufszentrum, der vielleicht 1 bis 1,5 Stunden belegt wird, zieht alleine sechs Hin- und Wegfahrtbewegungen nach sich. Dies ergibt bei 450 Parkplätzen rund 3'700 bis 4'700 Bewegungen nur für ein einziges solches Einkaufszentrum. Wir werden dort Verkehr haben!

Und im Zusammenhang mit dem Verkehrsrichtplan - Sie waren mit mir in dieser politischen Begleitgruppe, Kollege Stefan Geiges - ging es bewusst darum, dass man ein Verkehrskonzept über diese Stadt und Region legt, welches versucht, den Verkehr - so er überhaupt in die Stadt muss - möglichst so zu leiten, damit dieser auch wieder herauskommt. In diesem Projekt sind Vorschläge angegeben, dass der Verkehrsanschluss an die Autobahn gegeben ist, damit möglichst viel von den Leuten, die da kommen - und natürlich kommen auch Frauenfelder, die durch die Stadt fahren - gar nicht erst in die Stadt hinein fahren. Das heisst, wir

benötigen dort eine Strasse, die fähig ist, dieses Volumen ein- und wieder auszuführen, und die sich gegen hinten verengt. Die zweite Ausbaustappe ist immer noch so, dass hinten gegen die Breitenstrasse die jetzt geplanten rund elf Meter verbleiben die als Ausweg dient, die als Umweg und die als Ersatz des Umbaus der Zürcherstrasse dienen kann, die aber nicht gedacht ist, den Verkehr in die Stadt hinein zu führen. In diesem nun entstehenden städtischen Quartier, auch wenn es mir persönlich auch als Prunkstrasse vorkommt - da stimme ich Gemeinderat Marty zu -, wird Platz benötigt, eine Verkehrsführung gebraucht, die es erlaubt, dass auch Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sowie Fussgängerinnen und Fussgänger und auch Fahrzeuglenker bei den vorhersehbaren hohen Verkehrsfrequenzen aneinander vorbei kommen.

Daher bitte ich Sie, diesen Antrag der CVP/EVP-Fraktion abzulehnen."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich habe einen Ordnungsantrag zum Vorgehen anzubringen. Der Antrag von Kollege Geiges stellt meines Erachtens nicht irgendeinen Abänderungsantrag dar, sondern die Mehrheit der Fraktion CVP/EVP spricht sich einfach gegen das Projekt aus. Deshalb kann man darüber am Schluss abstimmen. Dann kommt die Frage, will man Antrag 1 annehmen oder ablehnen. Die CVP ist dagegen. Das ist nicht ein Abänderungsantrag. Am Schluss stimmt diese gegen den Antrag 1. Beim Antrag 2 haben Sie einen gleichgeordneten Antrag gestellt. Sie wollen nicht 970'000 Franken, sondern nur 320'000 Franken bewilligen. Also kann man darüber auch am Schluss abstimmen. Wir können jetzt somit die Materielle Beratung durchziehen und dann über Antrag 1 abstimmen lassen, das heisst Ja oder Nein, solange keine weiteren Anträge vorliegen. Anschliessend wird über Antrag 2 mit zwei Anträgen abgestimmt, die 970'000 Franken oder 320'000 Franken oder allenfalls gar 0 Franken umfassen."

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Ich gebe Gemeinderat Peter Hausammann in Bezug auf den Antrag 1 absolut recht. Hier kann man einfach bei der Schlussabstimmung Nein stimmen. Aus meiner Sicht stellt Antrag 2 eine Änderung dar, die ich diskutiert haben will. Anschliessend stimmen wir darüber ab und am Schluss haben wir die Schlussabstimmung. Vielleicht gibt es aus der Fraktion CVP/EVP Personen, die sich dann vielleicht doch noch umentscheiden werden. Die Diskussion zum Antrag der CVP/EVP-Fraktion ist weiter offen und zwar einfach zum zweiten Teil, bei dem es um die Kürzung des Kredites geht."

Das Wort seitens des Rates wird nicht mehr gewünscht, so dass der **Ratspräsident** Stadtrat Urs Müller das Wort erteilt.

Stadtrat Urs Müller: "Gerne äussere ich mich noch zu diesem Antrag, wie auch immer dann das Vorgehen gewählt wird.

Man muss das System und die Funktion der Langfeldstrasse sehen. Grundsätzlich zur übergeordneten Verkehrsplanung gibt der Verkehrs- und Siedlungsrichtplan Auskunft. Nun kommt es zu einem Projekt - eigentlich für uns normalen Strassensanierungsprojekt -, das wir ausführen wollen. Bei der Langfeldstrasse haben wir grundsätzlich ein Erschliessungsproblem zu lösen, und zwar ein Erschliessungsproblem für das Gebiet der publikumsintensiven Nut-

zungszone. Ein direkter Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Ost oder mit dem ehemaligen F21-Projekt oder was auch immer ist so aufgrund unserer Zahlen nicht gegeben. Wir gehen davon aus, dass ein grosser Teil der Fahrten, wie es bereits gesagt wurde, über den Autobahnzubringer kommt. Sie müssen das Gebiet etwas weitergehend betrachten. Es sind dann nicht nur Frauenfelder, die durch Frauenfeld dorthin fahren, sondern wir rechnen im Rahmen der Entwicklung dieses Gebiets, dass die Leute von der Autobahn her kommen und die betreffenden Fahrzeuge dann auch so wieder abfliessen werden. Dies zum System. Nochmals - es handelt sich also um eine Erschliessung, die wir dort zu lösen haben.

Es wurden vorhin von Gemeinderätin Brigitt Bohner Zahlen genannt. Ich habe auch noch Zahlen vorzubringen, die aus dem UVP-Bericht des Allmendcenters stammen. Sie sind aber noch nicht abschliessend. Der UVP ist noch nicht abschliessend eingereicht. Diese Zahlen sind somit mit Vorsicht zu geniessen, aber sie geben trotzdem eine Grössenordnung wieder und sie liegen in dieser Grössenordnung, wie sie genannt wurden. Die Zahlen, die rein als Mehrbelastung nur durch das Allmendcenter ausgelöst werden, bewegen sich auf Stufe 2'800 Fahrzeuge pro Tag, also DTV. Die Grössenordnung, wie sie vorhin genannt wurde, ist also tatsächlich so.

Was noch erwähnt wurde: Unklar ist für mich, warum zugestimmt wird, dass das Land gekauft werden soll, wenn jetzt die Strasse nicht gebaut werden soll. Dass wir dann über Vorrat an Land verfügen, welches wir zu pflegen haben, kann ich nicht ganz in Einklang bringen.

Zur Veloführung, wie sie von Gemeinderat Roland Wyss genannt wurde, möchte ich ganz klar und deutlich darauf hinweisen, dass der Querschnitt, wie er in der Botschaft abgebildet ist - die Kritik habe ich auch gehört, sie kam aus der eigenen Fraktion von Brigitt Bohner und wir haben da anscheinend wirklich noch Verbesserungspotenzial bei der Botschaft - die Ausbaustufe 2, also den Endausbau darstellt. So wie es nun dargestellt ist, wären in diesem Bereich der separaten Busspur sowohl das Velo und der Bus auf der gleichen Spur. Dieser Fall tritt logischerweise nur ein, wenn auch ein Stadtbuss unterwegs ist. Grundsätzlich befinden wir an der heutigen Ratssitzung über die erste Ausbauetappe. Bei dieser erfährt der Velofahrer eine ganz klare Verbesserung. Da reden wir noch nicht von einer Busspur, sondern wir haben eine Fahrbahn, die im Regelquerschnitt zwei Mal drei Meter und dann noch jeweils 1,5 Meter für die Velos, was zusammen neun Meter als Regelquerschnitt der Fahrbahn für die Etappe 1 ergibt, aufweist. Die 18,5 Meter betreffen den Endausbau, inklusive Trottoirs und allem übrigen. Dies auch noch zur Klärung der Situation. Der Radfahrer erfährt also mit dieser ersten Etappe gegenüber heute eine klare Verbesserung. Es sind separate Velostreifen von 1,5 Metern Breite, was entsprechend der Norm ist. Zur Philosophie, wie sie Gemeinderat Roland Wyss angetönt hat, vertreten wir eine andere Meinung. Es gibt zwei Philosophien, nämlich den Radfahrer und Fussgänger auf gleichem Niveau führen oder den Radfahrer und das Auto auf dem gleichen Niveau verkehren zu lassen. Wir sind der Auffassung und vertreten diese Philosophie - es ist auch so im Richtplan festgelegt -, dass der Radfahrer und der Autofahrer auf die gleiche Ebene gehören und nicht der Radfahrer und der Fussgänger, dies ganz einfach aufgrund des Geschwindigkeitsniveaus. Ein Fussgänger und ein Radfahrer haben ein sehr unterschiedliches Niveau betreffend Geschwindigkeit, während beim Auto und beim Velo dies innerorts nicht der Fall ist. Im Normalfall ist es auch so, dass auf dem Trottoir Fussgänger in beiden Richtungen unterwegs sind und dann eventuell ein Velo auf der gleichen Höhe entgegenkommen könnte. Dies sind unsere Überlegungen betreffend Veloführung.

Noch ein Satz zur übergeordneten Verkehrssituation: Am System - auch noch einmal auf das Verkehrskonzept Ost angesprochen - ändert sich nichts. Wir haben die Langfeldstrasse heute schon als zweite Achse gegenüber der Zürcherstrasse Ost. Die neusten Zahlen zeigen - sie wurden vor Kurzem vom kantonalen Tiefbauamt veröffentlicht -, dass zum ersten Mal die Zürcherstrasse Ost nicht mehr die meistbelastete Kantonsstrasse ist und der Verkehr dort um 1,5% abgenommen hat. Dies bedeutet für uns, dass die Langfeldstrasse vom System her für die Frauenfelder als zweite Achse soweit auch funktioniert. Also nochmals, der wesentliche Unterschied ist der, dass die Langfeldstrasse in dieser Etappe, wie sie ausgebaut werden soll, eigentlich ein Erschliessungsproblem für die dortige Zone zu lösen hat.

Damit möchte ich vorläufig meine Ausführungen zum Antrag der Fraktion CVP/EVP schliessen und Sie bitten, diesen abzulehnen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich habe eine Ergänzung aus Sicht des Vorstehers der Werkbetriebe. Wenn Sie dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion zustimmen, quasi nur den Landerwerb bewilligen, dann dürfen Sie nicht der Illusion verfallen, dass dort draussen an der Langfeldstrasse einfach nichts passiert. Ich möchte Sie auf Seite 4 der Botschaft hinweisen. Wir haben dringendsten Bedarf von Seiten der Werkbetriebe. Die Wasserleitung bzw. die Transportleitung ist viel zu klein dimensioniert. Wir müssen eine zusätzliche Notwasserleitung einlegen und auch die Schmutzwasserleitung ist zu klein. Sie sehen auf Seite 4 der Botschaft unter IV. Kosten, dass die Gesamtkosten 1,85 Mio. Franken betragen. Wir müssen für 880'000 Franken ohnehin bauen und zwar in absehbarer Zeit, weil wir dort dringenden Bedarf aufweisen. Wir reissen diese Strasse also auf und verlegen neue Werkleitungen. Somit ist es sinnvoll, wenn man in diesem Zusammenhang über Optimierungen Gedanken anstellt. Ich erwähne dies, damit Sie nicht die Illusion haben, es passiere nichts auf der Langfeldstrasse. Es ist unsere Ansicht nach nichts als sinnvoll, wenn im gleichen Zug eben diese kleinen Optimierungen der Etappe 1 gleichzeitig ausgeführt werden und nicht erst in drei oder vier Jahren, wenn die ganze Strasse wieder aufgerissen werden muss. Dies würde man uns dann mit Sicherheit zum Vorwurf machen."

Nachdem keine Wortmeldungen mehr zu verzeichnen sind, lässt der **Ratspräsident** über den Antrag 2 der CVP/EVP abstimmen, der wie folgt lautet:

Der Kredit von 320'000 Franken für den notwendigen Landerwerb zum Endausbau der Langfeldstrasse wird zulasten des Kontos 2131.50100.295 bewilligt.

Gemeinderat Peter Hausammann: "Entschuldigung Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt habe ich wirklich ein Problem, wenn so abgestimmt wird. Ich bin dafür, dass man diese 320'000 Franken zuspricht, aber was ist dann nachher mit dem anderen Antrag? Ich glaube das Problem liegt nicht beim Rat und auch nicht beim Präsidium sondern der Stadtrat hat die Anträge nicht sauber gestellt. Wofür sind wir im Rat zuständig? Wir sind zuständig für Kreditbewilligungen. Man soll Anträge aufsplitten, so dass der Wille unverfälscht zum Ausdruck kommen kann. Wir haben vorliegend eigentlich zwei Kredite, nämlich 650'000 Franken für Bauarbeiten 1. Stufe und 320'000 Franken für den Landerwerb 2. Stufe. Das sind die beiden Sachen, über die wir abzustimmen haben. Das Problem ist, dass diese 650'000 Franken, die im Antrag 2 beinhaltet sind, eigentlich

in den Antrag 1 gehören. Es macht keinen Sinn, ohne Kredit über den Antrag 1 abzustimmen und dann über den Kredit im Antrag 2 zu befinden. Dann wäre es ja möglich, dass man erstens die Ausbaustufe bewilligt und zweitens den Kredit nicht. Das geht ja gar nicht. Also würde ich beliebt machen, dass man über zwei Anträge abstimmen lässt, indem man den ersten Teil des Antrags 2 zum Antrag 1 schlägt, also erstens über 650'000 Franken für die erste Ausbaustufe abstimmen lässt und zweitens dann über 320'000 Franken für den notwendigen Landerwerb. Dann kann man entweder für das eine oder für das zweite oder für beides nacheinander stimmen."

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Gemeinderätin Brigitt Bohner hat das Wort, dann habe ich noch etwas Zeit zum Überlegen."

Gemeinderätin Brigitt Bohner: "Verzeihung, dass ich mich noch einmal melde. Ich möchte nichts an den Worten von Kollege Hausammann ändern, ausser an der Behauptung, die 320'000 Franken wären nur für den Endausbau. Auf Seite 4 der Botschaft unter IV., Kosten, ersehen Sie, dass dort 320'000 Franken für den Landerwerb beider Etappen vorgesehen sind."

Gemeinderat Stefan Geiges: "Ich wollte Sie nicht mit meinem Antrag verwirren. Es ist insofern wichtig für uns, dass über unsere Anträge abgestimmt wird. Zuerst aber noch eine kurze Bemerkung zur Diskussion bezüglich unseres Antrags. Wir sind nicht gegen die Sanierung bzw. den Ausbau der Langfeldstrasse im Rahmen der ersten Stufe. Wir sind aber gegen die Ausbaustufe zwei. Über die eigentliche Sanierung, sowie ich die Botschaft verstanden habe, müssen wir nicht mehr abstimmen. Dieser Ausgabeposten ist durch den Stadtrat im Rahmen des Voranschlags genehmigt worden."

Uns geht es um die Ausbaustufe zwei. Es geht darum, dass wir dem Rat die Chance geben wollen, dass wir uns jetzt überlegen, wie unsere Zukunft bezüglich des Verkehrskonzepts aussieht. Wir wollen, dass über den Tunnel abgestimmt wird. Wenn jemand sagt, die Langfeldstrasse habe nichts mit dem Verkehrskonzept zu tun, dann stimmt dies nicht, meine Damen und Herren. Wenn wir die Langfeldstrasse ausbauen, weist diese Mehrverkehr auf. Ein grosser Teil dieses Verkehrs fliesst in Richtung Osten. Hier ist klar, dass dies nichts mit dem Verkehrskonzept zu tun hat, aber ein grosser Teil des Verkehrs wird sich weiterhin in Richtung Westen bewegen. Wer in den Westen gelangen will, fährt auch in die Stadt. Soviel ich weiss, soll der geplante Tunnel für die Umfahrung gebaut werden, damit wir den Verkehr um Frauenfeld herumführen und dann in den Tunnel leiten können, damit dieser nicht weiterhin durch die Stadt fliesst. Dies ist der Grund, damit wir jetzt Druck ausüben, um möglichst rasch über diese Tunnelvorlage abstimmen zu können. Wir wollen endlich wissen, was nun gebaut wird. Dieser Tunnel stellt das Kernstück der gesamten Abstimmung dar. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Langfeldstrasse."

Offenbar haben wir diese Vorlage etwas falsch interpretiert. Wir waren der Meinung, dass die Sanierung innerhalb des Budgets genehmigt worden ist. Dies ist offenbar ein Fehler unsererseits und ich entschuldige mich an dieser Stelle. Aber es ist ganz klar, gegen die Sanierung der Langfeldstrasse sind wir nicht. Wir haben in unseren Voten klar festgehalten, dass wir die Sanierung von Strassen als gut erachten. Wir befinden es aber nicht als gut, dass mehr ge-

macht wird und der Verkehr irgendwo mehr an anderen Orten durchgeht. Und, Herr Stadtrat Müller, es wird nun Land auf Reserve erworben, denn die Ausbaustappe zwei wird sowieso nicht realisiert.

Wir befürworten dieses Projekt Langfeldstrasse, so wie es nun ausgeschrieben ist. Wir haben aber diese Vorlage teilweise falsch interpretiert. Die Mehrheit unserer Fraktion wird somit sowohl dem Antrag 1 als auch dem Antrag 2 zustimmen. Von daher ziehe ich meine gestellten Anträge zurück, was, so glaube ich, namens meiner Fraktion befürwortet wird."

Der **Ratspräsident** hält fest, dass Gemeinderat Geiges die beiden Anträge zurückgezogen hat. Er erteilt Gemeinderat Christoph Regli das Wort.

Gemeinderat Christoph Regli: "Wir haben in unserer Fraktion schon intensiv diskutiert, ob saniert oder ausgebaut werden soll. Wir haben ganz klar zwischen der Etappe 1 und der Etappe 2 verglichen. Was Gemeinderat Stefan Geiges vorhin gemeint hat, ist, dass die Renovationen der Werkleitungen als problemlos angesehen wird. Diesbezüglich verfügen wir auch über keine Entscheidungskompetenzen. Aber wir von der Fraktion CVP/EVP haben an der Fraktionssitzung eindeutig besprochen, dass nur wieder die offenen Strassenstellen zugedeckt und in den jetzige Zustand versetzt werden sollen und wir nicht eine Verbreiterung der Strasse wollen. Wir wollen auch keine qualitative Steigerung der Langfeldstrasse.

Dass wir dem Landkauf zustimmen, finden wir trotzdem sehr vernünftig, denn wir meinen, dass die Verhandlungen mit den Landbesitzern soweit fortgeschritten sind, dass es unsinnig wäre, nichts zu machen. Wir haben an anderen Orten in Frauenfeld schon den Fehler begangen, dass wir nahe den betreffenden Strassen über zu wenig Land verfügten. Wenn wir dieses Land nun kaufen können, ist dies nicht unbedingt für die Etappe 1, aber für die Etappe 2 zwingend notwendig. Für beide Etappen zusammen ist dieses Land also notwendig, wenn wir je in den nächsten 100 Jahren dort eine breitere Strasse haben wollen. Deshalb kann man tatsächlich der Meinung sein, Land zu kaufen, das wir jetzt zwar nicht benötigen, bis wir wissen, was mit dem Tunnel im Westen geschieht. Aber wir wollen die erste Etappe nicht im Sinne eines Ausbaus sehen, sondern nur im Sinne der Sanierung der Werkleitungen, die in diesem Antrag nicht enthalten sind."

Stadtrat Urs Müller: "Ich sehe Handlungsbedarf für weitere Botschaften in diese Richtung - ich habe dies so aufgenommen. Ich versuche eine Klärung herbeizuführen. Was passiert, wenn der Rat jetzt alles ablehnt? Dann werden wir für diese 880'000 Franken wie in der Botschaft erwähnt, die Langfeldstrasse sanieren. Dies bedeutet, den heutigen Zustand eins zu eins wieder zu erstellen. Wir werden somit das Problem mit den Werkleitungen lösen. Es ist vorliegend nicht ein binäres Problem - ein Schwarz-Weiss-Denken - sondern wir haben gewisse Abhängigkeiten. Ich habe vorhin versucht zu erklären, dass wenn nur schon das Allmendcenter gebaut wird, und dieses Projekt wird wirklich in der nächsten Zeit realisiert werden - dieses ist unter anderem Auslöser der Planungszone und seit 2007 wird an diesem Projekt gearbeitet - allein dieses Allmendcenter aufgrund des heutigen Wissensstandes rund 2'800 Fahrzeugbewegungen mehr pro Tag verursacht. Dies bedeutet, dass wir ein Erschliessungsproblem zu lösen haben. Jetzt besteht ja die Idee, dass wir den einen Strassenrand bereits so erstellen können, dass dieser für die Etappe 1 und die Etappe 2 genügen würde und nicht

noch einmal angegangen werden müsste. Dies ist vorliegend die Abhängigkeit in diesem Projekt. Es wäre schon ein Landkauf auf Vorrat, aber dieser Vorrat ist aus unserer Sicht notwendig. Das Problem mit dieser Erschliessung drängt, weil nicht nur das Allmendcenter ansteht, sondern wie schon erwähnt wurde auch auf dem Tuchschnidareal Planungen laufen. Es ist absehbar. Ich bitte Sie deshalb, diese erste Etappe zu bewilligen."

Ratspräsident Michael Lerch: "Wir gehen zurück zur materiellen Beratung über die gesamte Botschaft."

Gemeinderat René Gubler: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zum Geschäft Nr. 9, Sanierung und Ausbau Langfeldstrasse."

Bei uns gab vor allem die Strassenbreite zu diskutieren. Dabei stellten wir fest, dass in der Vorlage nur der Strassenquerschnitt beim Endausbau genau abgebildet wurde. Die verschiedenen Breiten wurden erst bei Nachfrage genau ersichtlich, was als kleine Unterlassungssünde bemängelt werden muss.

Weiter wurde über Nutzen und Kosten der Baumallee diskutiert. Am Schluss wurden dann doch beide Anträge einstimmig gutgeheissen."

Gemeinderätin Brigitt Bohner: "Ich glaube bald, ich habe in meiner ganzen Karriere noch nicht so viel gesprochen wie heute. Es wird Sie nicht überraschen, dass gerade weil zum allerersten Mal überhaupt in einer Strassenplanung von Frauenfeld wirklich dem ÖV und dem sogenannten 'schwächeren oder Langsam-Verkehr' Platz eingeräumt wurde, in unserer Fraktion trotzdem haufenweise Fragen aufgeworfen wurden:

- Wollen wir überhaupt ein Verkehrsvolumen, das nach einer derartigen Strasse verlangt die soviel kostet?
- Werden die sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmer dannzumal überhaupt auf dieser Prunkstrasse zu finden sein?
- Hat die geplante ÖV-Führung - vor allem in der angedachten zweiten Etappe - bei einer derart autozentrierten Anlage überhaupt eine Chance?
- Steht eine solche Strasse nicht zuletzt in schroffstem Gegensatz zur angesagten Notwendigkeit, die Lärm- und Abgasbelästigungen für Anwohner, für die Leute, die dort arbeiten, und für unsere Stadt überhaupt zu reduzieren. Erhöht also solch eine Strasse nicht im Gegenteil all diese Belastungen und reduziert sie nicht die Lebensqualität unserer Stadt, ein Legislaturhauptziel?

Die Sanierung, das ist jetzt klar, ist unbestritten, ist notwendig und muss sowieso gemacht werden. Unser Stadtmann, so glaube ich, hat zu Recht gesagt, dass wir alle, diejenigen am Stammtisch und wir hier, den Kopf schütteln und empört reagieren würden, sollte dies zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Ich habe vorhin den Abschnitt, der jetzt kommt, gestrichen und sage ihn jetzt trotzdem, gerade wegen dieser Diskussion. Es ist nämlich erst im September letzten Jahres der Richtplan Siedlung und Verkehr durch den Kanton bewilligt worden, den wir wirklich lange und gemeinsam - Frauenfeld und die Nachbargemeinden Felben-Wellhausen und Gachnang/Islikon - erarbeitet haben. Daraus geht hervor - dies kann man auch auf der entsprechenden Internetseite der Stadt Frauenfeld herauslesen - *dass die räumliche Entwicklung in der Stadtregion Frauenfeld dann nachhaltig ist, wenn die Siedlungen gegen innen in hoher städtebaulicher Qualität verdichtet, der öffentliche Verkehr gefördert, das Stadtzentrum vom Verkehr entlastet werden.*

Dies bedeutet - immer noch aus diesem Richtplan Siedlung und Verkehr heraus:

- *Die Siedlungsentwicklung soll nach Innen gelenkt und auf Standorte, die im öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen sind, konzentriert werden.*
- *Der Fuss-, Rad- und öffentliche Verkehr sollen überdurchschnittlich stark gefördert werden. Daneben wird eine massvolle, vor allem qualitative Weiterentwicklung des Strassen-netzes jedoch angestrebt.*

Es wurde vorhin von 'Salami-Rädli-Taktik' gesprochen. Natürlich, wenn wir uns umgewöhnen und etwas lernen sollen, dann brauchen wir Zeit. Von daher sind diese 'Salami-Rädli' gar nicht so schlecht.

Bereits umgesetzt wurde - das wurde vorhin auch erwähnt - der relative Ausbau, damit die Zürcherstrasse etwas entlastet werden kann. Wir haben es in der Botschaft gesehen, dass vom Kanton und nicht von der Stadt her geplant ist, die Zürcherstrasse zu sanieren. Wir sind daher froh, dass diese Entlastungswege vorgespurt und bereits vorhanden sind, respektive mit diesem Ausbau wirklich zur Verfügung gestellt werden.

In der Fraktion stellte sich in der Beratung der Botschaft eine gewisse Einigkeit heraus. Wir begrüssen das Projekt durchaus, aus folgenden Gründen sogar sehr:

- Die Verbesserungen für den ÖV (siehe Verkehrsrichtplan) sind vorgedacht.
- Dem Aspekt der Verkehrssicherheit, gerade auch für die schwächeren Teilnehmer, ist mit dem vorliegenden Strassenprojekt sehr grosse Wichtigkeit eingeräumt worden,
- und genauso der Förderung eines die Umwelt schonenden flüssigen Verkehrs.
- Die Botschaft sieht zudem für den zukünftigen motorisierten Nutzer einen guten Zugang von und zur Autobahn vor.

Das alles benötigt Platz. Deshalb braucht es für diesen Landerwerb, der für die gesamte Strecke 320'000 Franken an Kosten nach sich zieht.

Verkehrsströme, zu Fuss Gehende und Fahrradfahrende inbegriffen, sollen strömen. Dazu dienen diese abgegrenzten Trottoirs, die Fahrradspuren von 1,5 Metern, die einem Motorfahrzeug 3 Meter Fahrbahn selber überlassen und eventuell zu einem späteren Zeitpunkt die zusätzliche Busspur Stadtauswärts sowie die Querungstreifen.

Gefallen hat uns die Gestaltungsidee, das Trottoir auf der Nordseite der Strasse mit Bäumen vom Velo- und der Fahrspur abzutrennen. Das gibt dieser Strasse auch etwas grossstädtisches, boulevardmässiges. Dazu würden übrigens unseres Erachtens entsprechende Fassaden gehören, die das Wandeln auf dem Boulevard nicht nur angenehmer und sicherer, sondern auch interessanter machen würden. Die vorgesehenen breiten Velospuren lassen ein unbedrohtes Fahrgefühl aufkommen und so könnten vielleicht auch unsportlichere, möglicherweise sogar ängstlichere Naturen, aber auf jeden Fall die jetzt schon Fahrradfahrenden, aufatmen.

Ein Illustration erlaube ich mir dazu: Es ist für mich als Fahrradfahrende sehr angenehm beim AZP auf die Zürcherstrasse einzubiegen. Diese insgesamt acht Meter breite Strasse - das habe ich mir von Herrn Müller so sagen lassen, dass dies so ist - mit integriertem Velobereich lässt das bequem und sicher zu. Auch das Fahren auf der Strasse selber ist unvergleichlich viel angenehmer als auf der gleichen Strasse etwas weiter östlich in der Vorstadt, wo ich mir eine Fahrbahn von nur 3 Metern Breite - das bleibt sich nämlich gleich - ohne Fahrradstreifen mit dem gesamten restlichen Verkehr, inklusive LKW und Stadtbus, teilen muss. Dies ist wahrscheinlich auch für die Motorfahrzeuge nicht so angenehm.

Diese drei Meter bemessende Fahrspur erlaubt dem Motorfahrzeug ein ruhiges Fahren ohne riskante Überhol- oder Ausweichmanöver, sogar wenn LKW's darunter sind. Das kommt auch dem Stadtbus zugute.

Die Stadtbuslinie erschliesst das Gebiet bereits jetzt für alle, auch für junge Erwachsene und Ältere, die beispielsweise nicht mehr Auto fahren dürfen. Hoffentlich ist es auch so, dass diese Stadtbuslinie weiterhin bis dann besteht. Wenn Autos sich stauen, steigen nicht nur die Lärmimmissionen und die Luftverschmutzung, dann steht auch der Bus. Ein stehender ÖV wird nicht benutzt. Auch das wurde mit dieser Planung mitbedacht. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt das Verkehrsaufkommen resp. seine negativen Stauungseffekte es erfordern, dann und nur dann wäre als zweite Etappe im östlichen Teil zum Langfeldkreisel hin diese Auffächerung mit der eigenen Busspur geplant, damit die Fahrplanstabilität garantiert bleibt. Dann, und auch wiederum nur dann, würde dieser Querungstreifen in der Mitte zwischen den Fahrbahnen erstellt, der an jedem Punkt der dann doch sehr breiten Strasse den Fussgängern das Queren derselben sowie den Fahrrädern und den Motorfahrzeugen das Einbiegen und Hinausfahren erleichtern würde, erstellt, ohne den Strom der Fahrzeuge unnötig anzuhalten. Es ist uns auch wichtig, dass diese zweite Etappe nur bei einem wirklichen Bedarf gebaut wird. Der Landkauf - das haben wir deutlich gehört - ist kein Vorentscheid für diesen Vollausbau.

Es bleiben unsere Bedenken: Gebäude sind gemäss dem gültigen Frauenfelder Parkplatzreglement zum Bau einer entsprechenden Zahl Parkplätze verpflichtet. Ich habe meine Rechnung vorher schon verraten - ich wiederhole sie nicht. Diese Zone wird mit mehreren Zentren besetzt werden und dies führt zu einer massiven Zunahme des Verkehrs. Ein Verkehr, der hoffentlich vorwiegend gleich wieder hinausgeschickt wird und nicht in die Stadt kommt. Wir hätten uns ein deutlicheres, restriktiveres Parkplatzregime gewünscht. Wir sind der Meinung, hier ist eine Chance verpasst worden.

Strassen einer derartigen Grösse verlocken nicht nur zur Benützung des Autos, sie verlocken auch zum Schnelfahren. Die Eisenwerkstrasse, ein anderes Beispiel, mit einer Fahrbahnbreite von 7,5 Meter, mit nur abgesetzten, aber inkludierten, farblich abgeschränkten Fahrradstreifen.

fen, hätte nach Meinung der Fachkreise durch die optische Verschmälerung das Tempo drosseln sollen. Nach dem Empfinden der Anwohner verlockt diese Strasse die Autofahrer aber zum schneller fahren. Hier steht Meinung gegen Annahme. Die Stadt Frauenfeld hat keine Vergleichsmessungen von vorher und nachher gemacht."

Der **Ratspräsident** unterbricht Gemeinderätin Brigitte Bohner und verweist Sie darauf, dass die zulässige Redezeit von zehn Minuten bereits arg strapaziert ist.

Gemeinderätin Brigitte Bohner: "Ich bin sofort fertig.

Wie gedenkt der Stadtrat also Gegensteuer zur Verlockung dieser Stadtautobahn zu geben? Wie möchte er, nur aufgrund dieser behördenverbindlichen Richtplänen und Massnahmenpaketen, die zukünftigen Erbauer und Betreiber solcher Zentren ohne eigentlichen rechtlichen Grundlagen animieren oder gar verpflichten, dass sie dem Personal sowie den Besuchern, zum Beispiel die Benützung des ÖV 'glustig' machen, Velounterstände errichten, die Fussgänger auf attraktiven Wegen anlocken? Wozu ist eine baumbeschattete Trottoirplanung gut, wenn es Mann, Frau, Jugendliche und Kinder nicht gelüstet durchs angrenzende Gebiet zu kommen?

Und trotzdem, weil wir der Meinung sind, dass diese Art von Strassenplanung exemplarisch für das Zusammenkommen von Langsamverkehr, ÖV und Autos ist, möchten wir beiden Anträgen - der grosszügigen Landerwerbung auf Reserve und der ersten Ausbautappe - zustimmen.

Wir möchten allerdings mit unserer Zustimmung unbedingt ermutigen, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und über die Verbesserungen für die langsameren, schwächeren Verkehrsteilnehmer, die Möglichkeit zur und die Lust auf Bewegung zu fördern. Damit kommt der Stadtrat unserer Meinung nach übrigens seinem eigenen Legislaturziel näher: Eine Stadt, in der zu leben sich lohnt, weil es verschiedene Gebiete mit unterschiedlichen Attraktionen für alle gibt und sich die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von Bewohnern und Umwelt qualitativ verändert. Danke."

Gemeinderat Roland Wyss: "Gemäss den Wortlauten gehe ich davon aus, dass die Anträge Geiges zurückgezogen sind. Daher stelle ich den folgenden Antrag, die Anträge wie folgt zu ändern - es geht hier nur um den Antrag der Änderungen, noch nicht um die Abstimmung über diesen Antrag:

Antrag 1: Der Kredit für den Landerwerb von 320'000 Franken wird zulasten des Kontos 2131.50100.295 bewilligt.

Antrag 2: Die erste Ausbaustufe 'Sanierung und Ausbau Langfeldstrasse, Langdorf- bis Langfeldkreisel' wird bewilligt. Die Kosten von 650'000 Franken werden dem Konto 2131.50100.295 belastet.

Ich denke, so wäre dies auch juristisch einigermaßen korrekt und jeder könnte so abstimmen, wie er es für gut empfindet."

Der **Ratspräsident** wünscht diesen Antrag von Gemeinderat Roland Wyss in schriftlicher Form, damit er diesen für den Rat noch einmal wiederholen kann. Er stellt anschliessend fest, dass dieser Antrag von Gemeinderat Roland Wyss so in seiner Form nicht umsetzbar ist, da diese 320'000 Franken die Kosten für beide Landerwerbe, das heisst für die erste und zweite Etappe beinhalten. Wenn dieser Antrag abgelehnt und der Antrag für die Sanierung mit den Kosten von 650'000 Franken der ersten Ausbaustufe genehmigt würde, dann würde das Geld für den Landerwerb für die erste Ausbaustufe fehlen. Man müsste also diese beiden Beträge auseinandernehmen. Dann könnte man den Betrag für den Landerwerb für die erste Etappe zu den 650'000 Franken dazuschlagen und in der Folge würden sich der Betrag von 320'000 Franken entsprechend reduzieren. So würde das Ganze dann funktionieren und sonst funktioniert es seiner Auffassung nach nicht.

Der **Ratspräsident** fragt an, ob nun ein solcher Antrag gestellt wird oder über die beiden Anträge gemäss stadträtlicher Botschaft abgestimmt werden kann. Seitens des Rates liegen dazu keine Wortmeldungen vor, so dass der **Ratspräsident** davon ausgeht, dass nun über die Anträge des Stadtrates gemäss Botschaft Nr. 9 abgestimmt werden kann.

Bevor es zu diesen Abstimmungen kommt, erteilt er noch einmal Stadtrat Urs Müller das Wort.

Stadtrat Urs Müller: "Nochmals zu den genannten Anträgen: Das Problem ist nach wie vor, dass wir das Land für beide Etappen sichern wollen. Das Land liegt aber links und rechts von der Strasse. Deshalb macht es Sinn, dass die stadträtlichen Anträge so gestellt sind, denn wenn es zur Annahme des von Gemeinderat Roland Wyss formulierten Antrags gekommen wäre, oder vielleicht noch kommen würde - ich bin mir da noch nicht sicher - bestünde die Möglichkeit, dass dem Landerwerb zwar zugestimmt wird, aber der Ausbaustappe nicht. Dann haben wir eben das Problem, dass wir die Strasse lediglich sanieren werden, damit sie wieder den heutigen Verhältnissen entspricht. Und dann, wie ich es bereits vom Bauablauf her geschildert habe, fünf Jahre später oder wann auch immer, die Baukosten von 650'000 Franken durch Ihren Rat bewilligt würden, sodass die Strasse komplett noch einmal aufgerissen werden müsste, weil wir links- und rechtsseitig zu arbeiten haben. Darum macht es auch rein aus baulicher Sicht Sinn, wie die stadträtlichen Anträge gestellt sind. Aber ich überlasse es selbstverständlich Ihrem Rat, wie Sie abschliessend darüber befinden.

Ich möchte aber nochmals ganz kurz meine Überlegungen darlegen. Auslöser ist nach wie vor dieser Sanierungsbedarf, der durch die Werkleitung - diese Wasserleitung - besteht. Wenn ein solcher Auslöser vorhanden ist, stellen wir Gedanken an, wie eine Strasse zu sanieren ist. Wird sie einfach nur eins zu eins saniert, wie sie ist, oder ist Bedarf für Verbesserungen vorhanden. Ich sage es an dieser Stelle nochmals. Wir bewegen uns hier inmitten der neu geschaffenen publikumsintensiven Nutzungszone und auch das erwähne ich nochmals, dass wir vorliegend ein Erschliessungsproblem zu lösen haben. Ich möchte das noch ganz kurz von einer anderen Seite her erläutern. Wenn dieses Allmendcenter alle Reglemente eingehalten hat, was nun nächstens so der Fall sein sollte und alle geforderten Unterlagen wie die UVP usw. eingereicht hat, dann haben diese Investoren und Bauherrschaften Anrecht auf Erteilung einer Baubewilligung. Dies bedeutet, dass das Allmendcenter und damit der damit verbundene Mehrverkehr von diesen geschätzten täglichen 2'800 Fahrten kommen werden,

aber die Langfeldstrasse nur saniert wäre, wie sie ist. In diesem Falle kann ich nicht mehr sagen, dass wir Verbesserungen für den Langsamverkehr aufweisen und auch zur Situation allgemein dort draussen, wo wir dann verkehrsmässig anstehen werden. Dies bitte ich zu bedenken.

Es handelt sich somit wirklich um eine vorausschauende Planung, die sich in zwei Etappen abspielt. Ich habe begriffen, dass diese Botschaft schwer verständlich war. Ich gebe aber hier gerne zu Protokoll, dass mit einem Ja zu einer ersten Ausbaustufe in der ersten Etappe nicht automatisch auch die zweite Etappe folgt - dies auch zuhanden von Gemeinderat Fredi Marty.

Vom Bauablauf her und so wie es jetzt geplant ist, macht der Landhandel Sinn. Wenn jetzt aber die zweite Etappe nicht kommen würde, dann wäre es möglich, auch das zusätzlich erworbene Land, welches dann nicht benötigt wird, wieder rückzuveräussern. Dies stellt kein Problem dar. Diese Problematik haben wir ja auch in der GPK diskutiert. Zudem gehe ich automatisch davon aus, dass die zweite Etappe wiederum eine Botschaft an den Rat zur Folge hätte und Sie rein von der Kredithöhe her wieder abstimmen könnten. Ebenfalls klar ist, dass wir bei der zweiten Etappe, um die es heute nicht geht, nochmals überprüfen werden, ob beispielsweise der Mehrwegstreifen wirklich das ideale Mittel darstellt und wie die Verkehrsführungen mit dem Bus und dem Velo aussehen sollen. Für solche Überlegungen hätten wir dann noch genügend Zeit.

Wir haben auch keine Limite festgelegt, beispielsweise ein DTV auf der Langfeldstrasse von 15'000 Fahrzeugen, damit wir dann die zweite Etappe in Angriff nehmen. Es existieren keine solchen harten Facts, sondern wir werden das Gebiet dort draussen aufmerksam beobachten.

Ich möchte mich auch noch kurz zu den Bäumen äussern. Es geht darum, einen gestalteten Strassenzug zu erstellen. Bezüglich der Bäume, präzise ausgedrückt der einseitigen Baumreihe einer einreihigen Allee - dies auch zuhanden Gemeinderat Jörg Schläpfer - bitte ich Sie nochmals, nicht von der heutigen Situation auszugehen. Wenn Sie heute an der Langfeldstrasse stehen und die heutigen Gegebenheiten bzw. die jetzige Situation anschauen, gebe ich Ihnen recht, dass diese Bäume wahrscheinlich nicht unbedingt am Platz wären. Wir müssen aber von der zukünftigen Vorstellung aus Sicht der Stadtentwicklung ausgehen. Den geplanten Bauten, wie dem Allmendcenter und weiteren Gebäuden, die da folgen und bei denen man von hohen Fassaden ausgehen kann, sind diese Bäume als Bestandteil des Trottoirs im Sinne eines einheitlichen Bildes (Baumart, Abstände, Unterhalt, usw.) entgegensustellen und entsprechend eine Bepflanzung durch die Stadt sicherzustellen. Es handelt sich dabei zugegebenermassen um eine relativ grosse Anfangsinvestition, die sich aber später in Form von Freundlichkeit und Aufenthaltsqualität lohnen wird. Eine diesbezügliche Ergänzung von privater Seite her ist damit natürlich nicht ausgeschlossen und explizit auch erwünscht. Und überall, wo wir die Möglichkeit im Rahmen eines Baugesuchs oder Gestaltungsplans haben, fordern wir dies auch ein. Es ist eben auch Aufgabe der Stadt, nicht nur den 'harten Strassenbau' vorzunehmen, sondern auch bezüglich des Grünraums mitzudenken und diesen auch zu pflegen. Dies stellt eine Investition in die Zukunft dar, wenn man daran denkt, wieviel Zeit notwendig ist, dass ein Baum wirklich als das bezeichnet werden kann, was er sein sollte. Deshalb lohnt es sich, wenn dieses Vorhaben bereits zum heutigen Zeitpunkt ausgeführt wird.

Bevor ich zum Schluss komme noch ein Zitat bzw. ein Leitziel der Stadt Frauenfeld, das Frau Vizeammann Christa Thorner noch vor wenigen Minuten anlässlich der UNICEF-Label-Übergabe 'Kinderfreundliche Gemeinde' gesagt hat: *Frauenfeld ist eine aktive, solidarische Gemeinschaft mit lebenswerter Umwelt*. Damit schliesse ich."

Gemeinderat Roland Wyss: "Herr Präsident, Sie sagten, dass über meinen Antrag so nicht abgestimmt werden könne, weil man dann das Land kaufen und die Stufe nicht ausbauen könnte, was auch immer. Bei den stadträtlichen Anträgen verhält es sich genauso. Was nützt Ihnen eine bewilligte Ausbaustufe, wenn der Antrag 2 abgelehnt wird oder umgekehrt könnten wir auch das Geld sprechen, aber die Ausbaustufe nicht bewilligen. Für mich gehört all dies in einen Absatz bzw. einen Antrag und dann ergibt das ein Ja oder ein Nein."

Der **Ratspräsident** nimmt dieses Votum zwar entgegen, aber fasst dieses nicht als Antrag auf und lässt somit über die beiden stadträtlichen Anträge auf Seite 5 der Botschaft abstimmen.

Abstimmungen

Antrag 1: Der stadträtliche Antrag 1 wird mit 30 Ja- und 6 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

Antrag 2: Auf den Antrag 2 entfallen ebenfalls 30 Ja- und 6 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Die erste Ausbaustufe "Sanierung und Ausbau Langfeldstrasse, Langdorf- bis Langfeldkreisel" wird bewilligt.
2. Der Kredit von 970'000 Franken für den Strassenausbau, wovon 650'000 Franken für Bauarbeiten (erste Ausbaustufe) und 320'000 Franken für den notwendigen Landerwerb (Endausbau) anfallen, wird zulasten des Kontos 2131.50100.295 bewilligt.

35

DACHAUSBAU GASWERKSTRASSE 13, HAUPTGEBÄUDE WERKBETRIEBE, VERBESSE- RUNG DER ISOLATION

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 10 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 13. März 2012)

Eintreten

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Beim Eintreten können wir es kurz machen. Wenn das Eintreten unbestritten ist, dann erwarte ich keine Wortmeldungen. Wenn jemand über das Eintreten diskutieren will, dann wäre jetzt die Gelegenheit."

Das Wort zum Eintreten wird nicht benützt und somit stellt der **Ratspräsident** fest, dass Eintreten unbestritten und stillschweigend beschlossen ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Jörg Schläpfer, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Die GPK wurde an der Sitzung vom 28. März 2012 durch Stadtammann Carlo Parolari über den Dachausbau an der Gaswerkstrasse 13 informiert. Es geht um einen Kredit zulasten des Gaswerks über 700'000 Franken zum Ausbau und zur Verbesserung der Isolation am Hauptgebäude der Werkbetriebe.

Diesen Kredit hat der Gemeinderat bereits beim diesjährigen Voranschlag zur Kenntnis genommen. Gemäss neuer Gemeindeordnung hat das zuständige Organ über die Investitionsausgaben noch explizit zu entscheiden.

Dem detailliert aufgeführten Kostenvoranschlag ist zu entnehmen, dass rund drei Viertel der veranschlagten 681'700 Franken auf den Roh- und Innenausbau inkl. Haustechnik entfallen. Die endgültigen Kosten werden voraussichtlich um 15'000 Franken tiefer ausfallen. Dies dank Beiträgen vom kantonalen Förderprogramm im Bereich der Gebäudehüllensanierung für die geplanten Effizienzmassnahmen.

Auslöser für den Dachausbau sind ansteigende Zahlen der Mitarbeitenden bei Energiedienstleistungen. Diese werden benötigt, um den immer anspruchsvolleren technischen Rahmenbedingungen im Energiesektor gerecht zu werden. Man denke zum Beispiel an die Energieverrechnung und das dazugehörige Datenmanagement. Diese Fachkompetenz könnte gegen

Entgelt auch kleineren Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Da die Büros der Werkbetriebe belegt sind, sind zusätzliche Arbeitsplätze angezeigt. Der Dachstock an der Gaswerkstrasse 13 war schon früher für zusätzliche Arbeitsplätze vorgesehen, befindet sich aktuell aber noch im Rohbau. Er bietet sich zum Ausbau auf 350m² für maximal 13 Arbeitsplätze, Sitzungszimmer, Kopierraum und sanitäre Anlagen an.

Zwar wird der Dachstock in einem Zug ausgebaut, die Arbeitsplätze werden aber etappenweise nach Bedarf installiert werden.

Die GPK Bau, Werke Umwelt ist von der Notwendigkeit der zusätzlichen Arbeitsräume überzeugt und findet den geplanten Dachausbau angemessen sowie zweckmässig. Folglich wurden beiden stadträtlichen Anträgen einstimmig zugestimmt."

Gemeinderat Robert Zahnd: "Die Fraktion SVP/FDP/EDU stimmt diesem Geschäft zu.

Der Verwaltungsapparat der Werke wird seit der Stromliberalisierung immer komplizierter und grösser. Kleinere Gemeinden sind wohl bald nicht mehr in der Lage, diese Leistungen selbstständig zu vollbringen. Wenn es gewünscht würde, könnte die Stadt Frauenfeld, natürlich gegen Vollkostenrechnung, diese neuen Energieverrechnungen für die benachbarten Gemeinden übernehmen.

Die Stromliberalisierung bringt also weiterhin nur Kosten. Neu ist auch eine Liberalisierung im Bereich Gas angedacht, man hat also noch nichts gelernt.

Mit dem geplanten Ausbau sind wir einverstanden. Wir begrüssen das etappenweise Vorgehen. Es sollen nur so viele Arbeitsplätze eingerichtet werden, wie absolut nötig. Noch nicht gebrauchte Räume sind zu vermieten."

Gemeinderätin Lisa Landert: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Aus unserer Sicht ist es löblich, dass damals schon beim Rohbau ein möglicher Ausbau des Dachstocks vorausschauend eingeplant wurde. Mit dem Ausbau des Dachstocks soll ebenfalls eine Isolation vorgenommen werden - auch das ist aus unserer Sicht lobenswert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werkbetriebe sollen an einem attraktiven Arbeitsplatz wirken können, was durch Lichtbänder und Gauben sichergestellt wird. Das Tageslicht unterstützt somit auch gleichzeitig das Stromsparen, da so an schönen Tagen die Bürobeleuchtung gewährleistet ist.

In der Botschaft und im Protokoll der GPK Bau, Werke, Umwelt ist zu lesen, dass die Strommarktliberalisierung mehr Büroarbeiten verursacht hat - und dies auch noch in Zukunft tun wird. In Folge müssen die Mitarbeitenden vermehrt 'indoor' arbeiten und sind weniger 'im Feld' anzutreffen.

Verwaltungsaufgaben - das wurde auch schon von GPK-Sprecher Jörg Schläpfer erwähnt - für welche in kleinen Gemeinden das verlangte Know-how immer mehr schwindet, werden nach Frauenfeld outgesourct, wenn verlangt. Dies beschert den Werkbetrieben wiederum

einen Mehrertrag durch Entlohnung dieser angebotenen Dienstleistungen. Auch dies sind alles grundsätzlich erfreuliche Nachrichten.

Ein Vollausbau macht somit zum jetzigen Zeitpunkt Sinn und ist einem schrittweisen Teilausbau vorzuziehen. Der Bedarf an mehr Arbeitsplätzen ist ausgewiesen und die Auswirkungen der Strommarktliberalisierung auf die Arbeitsbelastung der Angestellten sind bekannt. Und nicht zuletzt steht schon bald oder in naher Zukunft die Gasmarktliberalisierung vor der Tür, welche wiederum Mehraufgaben mit sich bringen wird.

Bei all diesen guten Worten will ich nun doch noch ein paar kritische Voten loswerden: Unsere Fraktion wird das Gefühl nicht ganz los, dass die Werkbetriebe auch heute noch vordergründig am *Verkauf* von Strom interessiert sind und die Werbung für dessen *Einsparung* bei den Kunden erst an zweiter Stelle steht. Unser steter Wunsch ist es, dass in Zukunft in der Kundenberatung und den angebotenen Dienstleistungen dem Kunden vermehrt die verschiedenen Möglichkeiten des Stromsparens aufgezeigt werden.

Übrigens: Steter Tropfen höhlt den Stein! Wenn schon ein Baugerüst steht und das Dach saniert wird, warum macht sich der Stadtrat in der Botschaft an keiner Stelle Gedanken über die Möglichkeit, Photovoltaik-Elemente zu installieren? Mein Kollege Stefan Leuthold ist nach intensiver Diskussion in der Fraktion dieser Frage nachgegangen und wird diesbezüglich in der Materiellen Beratung einen Antrag stellen.

Summa summarum: Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist für die Annahme der beiden Anträge."

Gemeinderat Mathias Frei: "Im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso spreche ich nun also zum Materiellen.

Meine Damen und Herren, der bekannte Frauenfelder Multitask-Literat Michael Stauffer hat einmal ein Buch mit dem Titel 'Haus gebaut, Kind gezeugt, Baum gepflanzt' verfasst. Zu zweiterem und dritterem, nämlich dem Kind und dem Baum, brauchen wir uns hier nicht zu äussern, wohl aber zum Hausbau, wobei es ja 'nur' ein Dachausbau des Werkbetriebe-Hauptgebäudes werden soll. Dass kein neues Gebäude erstellt werden soll, was nota bene ungleich teurer geworden wäre, erachten wir als absolut sinnvoll. Denn dem Dachgeschoss war die Möglichkeit eines späteren Ausbaus zu Büroräumlichkeiten ja schon angedacht.

Über den ausgewiesenen Bedarf nach zusätzlichem Arbeitsraum für die Werkbetriebe brauchen wir nicht zu diskutieren. Die Arbeitsverhältnisse für die Büro-Mitarbeitenden der Werkbetriebe sind heute schon sehr eng und in Zukunft werden im Rahmen der Strommarktliberalisierung neben dem Ausbau bisheriger Dienstleistungen auch neue Aufgabenfelder, etwa im Bereich des Energie-Billings, erschlossen. Hier lohnt es sich deshalb auch personell auszubauen, was einen positiven Nebeneffekt darstellt.

Der Ausbaustandard, meine Damen und Herren, scheint zweckmässig zu sein. Aufgrund des Kostenvoranschlags darf aber damit gerechnet werden, dass der Baukredit über 700'000 Franken nicht überschritten wird. Der Ausbau kommt budgetiert nämlich auf knapp 682'000 Franken, inbegriffen ist eine Reserve von 32'000 Franken. Zudem ist der Beitrag aus dem kantonalen Förderprogramm über 15'000 Franken noch nicht eingerechnet.

Und zum Schluss noch eine kritische Anmerkung: Das Dachgeschoss kann vorderhand noch nicht mit dem Rollstuhl erreicht werden. Ich sage 'noch', weil der Einbau eines Treppenliftes möglich wäre. Die unteren Obergeschosse sind derweil durch einen Lift erschlossen. Eine unproblematische Situation, wie wir finden. Ich möchte hier keineswegs die Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer gegen energetische Baustandards ausspielen oder umgekehrt. Aber der Dachausbau wird keinen Minergie-Standard erreichen. Das ist insofern bedauerlich, da öffentliche Körperschaften wie die Stadt im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energietechnologien auch eine gewisse Vorbildfunktion haben. Da darf man dann auch ein wenig Geld vorausschauend verbauen.

Nichtsdestotrotz - und dieses 'nichtsdestotrotz' hört sich ja fast schon ein wenig überkritisch an - steht die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso hinter diesem Bauprojekt und wird den zwei stadträtlichen Anträgen zustimmen."

Gemeinderat Heinz Pfändler: "Ich spreche für die Fraktion CVP/EVP.

Dies vorweg: Die vorliegende Botschaft Nr. 10 des Stadtrates zum Dachausbau an der Gaswerkstrasse wird von unserer Fraktion einstimmig gutgeheissen.

In der Botschaft erfahren wir, dass im Gebäude der Werkbetriebe der Platz eng wird. Der wachsende und immer komplexer werdende Energiemarkt stellt neue Herausforderungen an die Werkbetriebe. Auch für neue zukünftige Dienstleistungen soll Raum geschaffen werden. Aus diesen Gründen erachten wir den Ausbau als absolut sinnvoll.

Das Vorgehen, die Büro-Arbeitsplätze nach und nach bereitzustellen, also etappenweise, finden wir gut. In der Botschaft wird von einer möglichen 'Zwischennutzung' gesprochen. Ob hier tatsächlich geeignete Mieter gefunden werden können, erachten wir eher als nicht so realistisch. Allerdings sind ja auch stadinterne Lösungen möglich.

Noch eine Bemerkung, welche in unserer Fraktion angesprochen wurde. Die Werkbetriebe erbringen bereits jetzt viele unterschiedliche Dienstleistungen. Es wird auch von möglichen neuen Angeboten gesprochen, welche zukünftig durch die Werkbetriebe angeboten werden könnten. Wir vertreten die Meinung, dass die Werkbetriebe nicht all zu sehr in die Wirtschaft eingreifen sollen. Sprich, es soll nicht so sein wie in unseren Nachbarkantonen, wo EKZ die erste Elektrofirma ist, welche auf einer Baustelle erscheint.

Dass der Ausbau einer städtischen Liegenschaft den neusten energetischen Anforderungen entspricht, erscheint uns als absolut selbstverständlich. Aus Gründen der Nachhaltigkeit soll ein mittlerer Ausbaustandard angewendet werden, was sicher sinnvoll ist. Die beantragten Baukosten von 700'000 Franken können als moderat bezeichnet werden.

Die Fraktion wird den beiden Anträgen in der Botschaft einstimmig zustimmen."

Gemeinderat Stefan Leuthold: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Gemäss Botschaft des Stadtrates herrscht im Hauptgebäude der Werkbetriebe an der Gaswerkstrasse 13 Platzmangel. Ein Dachausbau soll diesen Missstand beheben. Mit dem Bau

von acht Dachgauben wird zusätzlicher Raum für Büro-Arbeitsplätze, Sitzungszimmer und diverse Zusatzräume geschaffen. Gleichzeitig wird die Isolation verbessert. Die Fraktion CH/Grüne/GLP sieht die Notwendigkeit dieser Massnahmen als gegeben und unterstützt dieses Vorhaben.

Letztes Jahr haben Bundesrat und Parlament den Ausstieg aus der Atom-Energie beschlossen. Im Januar 2012 hat der Grosse Rat des Kantons Thurgau das 'Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom' gutgeheissen, welches nun durch den Regierungsrat im Detail ausgearbeitet wird. Ich zitiere aus der Homepage des Amtes für Energie des Kantons Thurgau: *'Die Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz gehört zu den Zielen der Thurgauer Politik. Bund und Kanton stellen dafür jährlich mehrere Millionen Franken an Fördermitteln zur Verfügung. In diesem Zusammenhang spielen Solaranlagen eine wichtige Rolle'* - Zitat Ende.

Sie sehen: Nicht nur in unserer Fraktion, sondern auch in anderen Gremien ist man der Ansicht, dass über die Energiewende nicht bloss geredet werden soll, sondern den Worten auch Taten folgen müssen.

Was hat das mit dem Projekt des Erweiterungsbaus der Werkbetriebe zu tun? Sehr viel! Anlässlich des Umbaus werden alle relevanten Handwerker vor Ort sein: Dachdecker, Spengler, Zimmerleute - und ein fixfertiges Baugerüst steht ebenfalls bereit. Der Zeitpunkt des Dachausbaus ist ideal, um eine Photovoltaik-Anlage - eine Anlage zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie - einzubauen. Zwischen Gauben und First ein Streifen sowie seitlich bietet sich eine Gesamtfläche von zirka 100 m² mit optimaler Ausrichtung an, weitgehend ohne Beschattung durch Bäume oder andere Gebäude.

Diese Photovoltaik-Anlage wird rund 14'000 kWh pro Jahr produzieren, was nach unseren Schätzungen den Stromverbrauch der Liegenschaft nach dem Ausbau nicht nur deckt, sondern sogar leicht übersteigt. Nach etwa 25 Jahren wird diese Anlage amortisiert sein; bei steigenden Strompreisen - wovon wir ausgehen - einige Jahre früher. Die Richtkosten für eine solche Anlage liegen bei etwa 58'000 Franken. Der Kanton Thurgau subventioniert eine Anlage dieser Art aktuell mit 20'000 Franken. Dies entspricht rund einem Drittel der Anlagekosten. Diese Zahlen wurden mir von Fachleuten bestätigt.

Mit moderaten Mehrkosten von also rund 38'000 Franken wird aus dem Hauptgebäude der Werkbetriebe ein kleines Kraftwerk, welches für die nächsten 25 bis 30 Jahre seinen eigenen Strombedarf decken kann - quasi ein General-Abonnement für elektrische Energie. Mit Mehrkosten von lediglich 5,4% der Bausumme. Das macht pro Einwohner der Stadt Fr. 1.75. Sie sehen: Eine Umstellung auf erneuerbare Energien ist machbar und zahlbar.

Nebenbei bemerkt: Auch für die Kühlung der Büros - was wegen der zahlreichen Dachgauben im Sommer vermutlich ein Thema sein könnte - wird genügend Strom aus der Solaranlage zur Verfügung stehen.

Eine Solarstrom-Anlage auf dem Dach der Gaswerkstrasse 13 macht Sinn, ist wirtschaftlich und stärkt das Image der städtischen Werke auf positive Weise.

Seit dem 1. Januar 2012 liefert die Stadt Frauenfeld keinen Atomstrom mehr - deshalb passt eine Photovoltaik-Anlage sehr gut in dieses Konzept. Zur Finanzierung steht der Stadt Geld

zum Beispiel aus dem neu geschaffenen Energiefonds zur Verfügung, welcher unter anderem für solche Zwecke geschaffen wurde.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP beantragt die Erhöhung des Baukredits um zusätzliche 38'000 Franken zur Erstellung einer Solarstrom-Anlage für den Eigenverbrauch der Liegenschaft Gaswerkstrasse 13.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Uns liegt ein klar formulierter, eindeutiger Antrag von Seiten der Fraktion CH/Grüne/GLP vor. Ich lasse über diesen Ergänzungsantrag diskutieren.

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich spreche in eigenem Namen. Dieser Antrag ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Ich erwarte ein konkretes separates Projekt für ein solches Anliegen.
- Pauschale Summen sind nicht klar definiert und es ist nicht klar, was damit gemacht wird.
- Zudem eignet sich das Dach mit seinen neuen Lukarnen nicht, da es keine zusammenhängende Dachfläche präsentiert.

Wenn ich den Zeitungsartikel von letzter Woche über die grosse Solaranlage Huben zitiere, ist für mich diese Investition nach wie vor nicht sinnvoll. Die Gesamtkosten belaufen sich dort auf 120'000 Franken, wovon 60'000 Franken auf die Subvention Kanton und 36'000 Franken auf die Subvention der Schule entfallen. Der Restbetrag entfällt auf die Solargenossenschaft mit 24'000 Franken, was 20% entspricht.

Dieser Restbetrag gestattet der Solargenossenschaft günstigen Strom zu 45 Rappen auf dem Markt zu verkaufen. Dabei wurde die Anlage schon zu 80% aus Steuergeldern subventioniert.

Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen, da sich das Dach nicht eignet und die Photovoltaikanlagen nach wie vor fünf Mal teureren Strom produzieren. Zudem sollte dieser Antrag über den neuen Energiefonds laufen und nicht über dieses Budget.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU unterstützt meinen Antrag."

Gemeinderat Peter Wildberger: "Als ich vor ein paar Jahren anlässlich einer Führung durch das Gelände der Werkbetriebe fragte, warum Scheinwerfer und Vertikallampen zur Beleuchtung der Gebäude Gaswerkstrasse 13, der Bäume und des Himmels installiert worden seien, bekam ich zur Antwort, man müsse doch der Bevölkerung zeigen, dass man ein Elektrizitätswerk sei. Heute möchten wir mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, dass die Leute auch am Tag merken: Das ist unser Elektrizitätswerk. Die produzieren auch und lassen sich im Sommer das Dach mit einer Solaranlage beschatten.

Solarstrom ergänzt sich mit der konstanten Bandenergie aus Wasserkraft sehr gut. Photovoltaik liefert Spitzenstrom um den Mittag, wenn der Bedarf und der Preis am höchsten sind. Photovoltaik lieferte im Jahr 2011 mit den langen Schönwetterperioden 15% mehr Strom, während unser Wasserkraftwerk 30% weniger produzierte als im Durchschnitt berechnet. Es braucht aber nicht zwei bis drei solcher Photovoltaikanlagen, sondern 50 bis 100, um gleichviel wie die Murgkraftwerke zu produzieren. Packen wir's an. Dächer sind genügend vorhanden.

Zum Unterhalt: Während Photovoltaikanlagen kaum Unterhalt bei einer Lebensdauer von 30, vielleicht sogar 40 Jahren benötigen, haben die Biber unser neues Gummiwehr der Murg bei der Zeughausbrücke bereits angeknabbert und es musste geflickt werden. Zudem entstehen lästige Vibrationen bei den Nachbarn an der Eisenwerkstrasse. Auch bei Windturbinen entstehen Geräusche. Wasser- und Windturbinen brauchen ständig teuren Unterhalt und die Lebensdauer ist begrenzt. Das Wasserkraftwerk Schlossmühle beim Bollag war 1987 für über eine Million Franken generalerneuert worden und steht jetzt still, weil es wieder für Millionen renoviert werden muss.

Die Gelegenheit ist optimal, im Anschluss an den Dachausbau eine Photovoltaik von 100 m² zu montieren, statt das erneut angehäuften Nettovermögen auf der Bank mit kargen Zinsen anzulegen. Investieren wir es und haben in schlechten Zeiten dann günstigen Strom!

Vom Betrag her von netto 38'000 Franken könnten wir es sogar im Konto Liegenschaftunterhalt abbuchen. Langfristig gedacht, kann bereits jetzt mit einer Preisparität für den Strom gerechnet werden.

Ich bitte Sie, den Antrag von Stefan Leuthold zu unterstützen."

Gemeinderat Roland Wyss: "Auch ich werde diesen Antrag unterstützen, bin jedoch der Meinung, da in der Botschaft die Förderbeiträge nicht berücksichtigt sind, dass wir über eine Anpassung von brutto 58'000 Franken abzustimmen haben und nicht über den Nettobetrag."

Gemeinderat Christian Schmid: "Ich möchte Sie vorab auch bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Es ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag an die Energiestadt. Die Stadt Frauenfeld hat bis jetzt, soviel ich weiss - der Stadtammann möge mir nachher widersprechen - selber noch 0 m² Solarstromfläche erstellt. Die einzigen die das bis jetzt in diese Richtung gemacht haben, sind Private, Kanton und jetzt neuerdings auch die Schulen, zusammen mit der Solar-genossenschaft.

Ich möchte auch noch Kollege Herzog entgegenen. Er macht wieder einmal einer seiner abenteuerlichen Rechnungen, wie der Solarstrom sich finanziert. Eine Solarstromanlage, die kostet Geld, wie ein Atomkraftwerk, ein Windkraftwerk oder ein Bauwerk, dass sie im Übrigen auch aus öffentlichen Geldern erstellen. Geld kosten - das stimmt, in Ihrem erwähnten Fall kostet es 120'000 Franken. Der Förderbeitrag des Kantons - das wurde von einer Mehrheit des Parlaments und der Regierung so beschlossen - beträgt in diesem Fall die Hälfte. Das wurde unterdessen zwei Mal angepasst. Die Schulen bezahlen einen Beitrag, weil sie den Strom dieser Anlagen beziehen - es sind eigentlich die Stromkosten. Diese haben das vor allem darum

gemacht, weil sie es eben billiger zu stehen kommt, als wenn Sie den gleichen Strom, der aus dieser Anlage pro Jahr produziert wird, von den Werkbetrieben beziehen müssten. Für die Schulen ist es somit wirtschaftlich sogar erfreulich. Sie können Strom sparen und sie bekommen erst noch in den Ferien sowie an den Wochenenden, wenn der Betrieb eingeschränkt ist und Strom ins Netz eingespiesen werden kann, etwas zurück.

Der Rest dieser Anlage in Huben - dies einfach zur Information - wird über Darlehensgeber und Solarstromverkäufe des Pools der Solarstromgenossenschaft Frauenfeld finanziell gedeckt. Das sind Leute, die finden, dass in diesem Bereich mehr getan werden sollte. Sie sind aus diesem Grunde auch gerne bereit, für den Strom etwas mehr zu bezahlen. Die machen das freiwillig, das ist kein Zwang. Einfach, dass das noch geklärt ist. Besten Dank."

Stadtammann Carlo Parolari: "Der Antrag von Gemeinderat Stefan Leuthold tönt vorerst ziemlich 'knackig' - das gebe ich zu. Sie müssen aber nicht den Bundesrat zitieren, Sie müssen auch nicht den Kantonsrat des Kantons Thurgau zitieren, Sie hätten den Stadtammann zitieren können, der nämlich 100% zertifizierten Wasserstrom eingeführt und damit auch bewiesen hat, dass er durchaus für die Energiewende kämpft. Sie wollen eine Solaranlage. Sie haben dabei eine Fläche von 30 Mal 2 Metern, ergibt 60 m² plus auf der östlichen Seite der Gauben noch einmal eine Fläche von 40 m², erwähnt. Dies würde eine Fläche von total 100 m² ergeben, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Wenn ich den Plan anschau, hat es östlich der Gauben jedoch Dachfensterflächen bzw. Schrägfenster in diese Fläche eingebaut. Somit meine ich, dass dieses Vorhaben in diesem Umfang nicht machbar ist. Diese 60 m², dieses Band oberhalb der Gauben, wäre aber realisierbar.

Sie haben eine mögliche Produktion von 14'000 kWh pro Jahr errechnet. Diese Aussage wurde von meinen Leuten als korrekt eingestuft, sofern mit 100 m² Fläche gerechnet wird. Wenn Sie nach meiner Berechnung nur die 60 m² zur Verfügung haben, dann wären es 8'400 kWh pro Jahr. Das stimmt. Was nicht stimmt, ist - und da hinkt ihr Pferd ziemlich stark - dass damit nach Ihrer Schätzung der gesamte Stromverbrauch nach dem Ausbau des Dachgeschosses für die Gebäude der Werkbetriebe gedeckt werden können oder sogar noch leicht mehr produziert werden kann. Das stimmt bei Weitem nicht. Da haben Sie offenbar - wie haben Sie das gesagt, Gemeinderat Schmid - ebenfalls 'abenteuerlich' gerechnet, wenn ich dies so bemerken darf. Ich habe mir den konkreten Jahresverbrauch des Gebäudes Gaswerkstrasse 13 (EG, 1. und 2. Obergeschoss) geben lassen. Wir sprechen da von 122'268 kWh pro Jahr. Das ist beinahe zehn Mal so viel, wie Sie errechnet haben. Wenn Sie mit Ihrer Solarfläche von 100 m² rechnen, dann würde dies etwa 11,4% des Verbrauchs und nicht weit über 100% entsprechen. Wenn Sie meine errechneten 60 m² nehmen, dann würde dies in etwa 6,9% des gesamten Verbrauchs dieses Gebäudekomplexes entsprechen. Irgendwo ist in Ihren Berechnungen also ein massiver Fehler enthalten.

Wenn Sie diesem Antrag wirklich zustimmen wollen, dann gehe ich mit den Ausführungen von Gemeinderat Wyss einig. Wir wenden das Bruttoprinzip an und von daher müsste ein Zusatzkredit von 58'000 Franken gesprochen werden und nicht bereits nach Abzug der Subventionen der Nettobetrag herbeigezogen werden. Dies käme erst später. Sie müssen also Ihren Antrag auf 58'000 Franken ändern, sonst geht das so nicht.

Ich habe ein weiteres Argument. Wenn Sie heute dem stadträtlichen Antrag zustimmen, dann gehen wir die Ausführung dieses Projekts sofort an. Die Planung ist parallel gelaufen. Es

ist geplant, dass der Rohbau in der zweiten Hälfte Juni 2012 steht. Die gesamte Planung ist nach hinten hinaus so terminiert, dass sobald es wieder feucht und kalt wird, der ganze Bau fertig erstellt sein muss. Wenn Sie demgegenüber den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP annehmen, dann müssen wir das ganze Projekt neu auflegen, weil eine massive Projektänderung stattfindet. Somit ist ein neues Auflageverfahren notwendig, was eine zeitliche Verzögerung von sicher zwei bis drei Monaten auslöst, wenn man es schnell angeht. Und dann kommen wir in den Winter hinein. Dann würden wir beinahe ein Jahr verlieren, was wir definitiv nicht möchten. Ich bitte Sie auch aus diesem Grund, den Antrag abzulehnen.

Und weiter zu Gemeinderat Peter Wildberger: Ich gebe Ihnen absolut recht, man sollte von aussen sehen, dass die Werkbetriebe über eine Photovoltaikanlage verfügen. Bereits vor Ihrer Zeit wurde im Budget eine Photovoltaik-Grossanlage für 400'000 Franken eingestellt. Wir haben immer und immer wieder zu Protokoll gegeben, dass diese sofort ausgeführt wird, wenn wir die 'kostendeckende Einspeisevergütung' (KEV) erhalten werden. Ich habe heute Morgen noch einmal nachfragen lassen. Wir befinden uns gegenwärtig auf Platz 37 von über 13'000 Gesuchen. Wir können davon ausgehen, dass wir die KEV im laufenden Jahr, aller spätestens anfangs 2013, erhalten werden. Dann drücken wir sofort auf den Startknopf zur Realisierung dieses Projekts und verfügen in der Folge über eine entsprechende Grossanlage. Eine zweite solche Anlage auf dem Flachdachbau befindet sich seit Jahren in der Schublade. Auch dieses Projekt ist bezüglich der KEV angemeldet und wir warten auf die Freigabe.

Und zu guter Letzt wurde etwas angetönt, was ich auch noch korrigieren muss. Das Reglement über den Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Stadt Frauenfeld (Energiefonds), dass sie hier drin behandelt und auch darüber abgestimmt haben, sieht eben gerade nicht vor, dass solche Projekte unterstützt werden. Diese 500'000 Franken im Fonds, über welche die neu gebildete Fachkommission entscheiden können, sind für innovative, neue Produkte bzw. neue Projekte gedacht und eben nicht für eine normale Photovoltaikanlage vorgesehen. Eine solche könnte man allenfalls beim Kanton anmelden. Ob wir als Gemeinwesen vom Kanton dann Subventionen erhalten und selber auch noch Gelder aus dem Fonds abzweigen könnten, möchte ich einmal dahingestellt lassen. Aber die zweite Hälfte des Energiefonds ist für innovative, neue Projekte im Bereich Energiesparen/Energieeffizienz bereitgestellt. Dies haben Sie hier drin so beraten und auch so beschlossen.

Wenn ich gerade am Sprechen bin, bevor wir zur Abstimmung kommen, noch zu drei anderen Voten:

Zu Gemeinderätin Lisa Landert, die geäussert hat, dass ihre Fraktion das Gefühl habe, die Werkbetriebe seien nach wie vor mehr am Verkauf als am Stromsparen interessiert. Ich weiss nicht, wie ich Ihnen dieses Gefühl nehmen soll oder kann. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass sich die Werkbetriebe in den letzten Jahren eindeutig vom Energieverkäufer zu einem Dienstleistungsunternehmen gemausert haben. Das ersehen Sie aus unseren Stellenprofilen. Wir haben verschiedenen Berater eingestellt. Wir müssen am Markt Kunden gewinnen, wir müssen diese beraten, insbesondere auch im Bereich Energiesparen. Wir sind daran, ein 'intelligentes Netz' aufzubauen. Da läuft die entsprechende Kommunikation im Laufe dieses Sommers und Herbstes ab. Dabei geht es nur und ausschliesslich um Energiesparen sowie um eine effiziente Bewirtschaftung des Netzes. Wir beraten seit Jahren KMUs mit Programmen, wie sie in ihren Betrieben Energie einsparen können, was uns eigentlich eine Einbusse bringt. Wir bezahlen das aber aus dem eigenen Sack, damit die Unternehmen eben Energie einsparen können. Wir sparen bei der öffentlichen Beleuchtung, indem wir innovative Produkte

eingeführen. Wir haben die Energieberatung mit unserem Projektleiter kombiniert usw. Ich könnte Ihnen da noch mehrere Beispiele aufzählen.

Zu Gemeinderat Pfändler: Sie haben eine gewisse Skepsis bezüglich einer allfälligen Einmischung der Werkbetriebe in die Privatwirtschaft geäußert. Wir wollen uns klar nicht in die privatwirtschaftlichen Belange einmischen und neue Geschäftsfelder eröffnen. Ich kann Sie in diesem Punkt beruhigen. Diesbezüglich brauchen Sie keine Angst zu haben. Wir sind nicht das EKZ, das relativ aggressiv vorgeht und private Unternehmungen konkurrenziert. Wir führen nur das aus, was die Privatwirtschaft nicht machen will, beispielsweise die Installationskontrolle. Wir haben diesbezüglich alle privaten Unternehmungen in Frauenfeld eingeladen bzw. angefragt und niemand wollte diese Aufgabe auf dem Platz Frauenfeld übernehmen. Daraufhin haben wir zusammen mit den technischen Betrieben der Stadt Winterthur eine Firma gegründet und bieten diese Dienstleistungen jetzt an. Ich spreche beispielsweise auch von der Betreuung aller Kleinwasserkraftwerke, auch der privat betriebenen. An diesem Projekt sind wir gegenwärtig daran. Dieses beinhaltet als Dienstleistung unsererseits die Betreuung bzw. die Fernwartung aller Wasserkraftwerke an der Murg aus einer Hand anzubieten, wenn die privaten Betreiber dies auch so wollen, weil sie eben selber dazu nicht in der Lage sind. Ich spreche beispielsweise vom Bereich Datenmanagement/Billing (Rechnungstellung), wo wir mit anderen Gemeinden intensiv zusammenarbeiten. Dies sind unsere Betätigungsfelder und nicht irgendwelche Konkurrenzierungen von Privatunternehmungen.

Abschliessend noch zu den angeführten Erschütterungen des Kleinwasserkraftwerks, die Gemeinderat Peter Wildberger auch noch in sein Referat eingepackt hat. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir eine EMPA-Studie in Auftrag gegeben haben. Deren Messungen haben klar ergeben, dass nichts Registrierbares vorhanden ist. Es wurden keine Vibrationen festgestellt und es fielen nirgendwo messbare Werte diesbezüglich an. Wir sind zurzeit in dieser Angelegenheit am Kommunizieren. Offenbar sind hier subjektive Empfindungen im Spiel. Die EMPA hat also gemessen, dass keine Erschütterungen bzw. Vibrationen vorhanden sind, die durch dieses Kleinwasserkraftwerk verursacht werden. Dies zu diesem Punkt.

Ich möchte mich schlussendlich für den Ausbau bedanken, für den Sie sich, so glaube ich, einstimmig ausgesprochen habe. Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP abzulehnen und demgegenüber den beiden stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Danke."

Der **Ratspräsident** fragt Gemeinderat Stefan Leuthold an, ob er seinen Antrag im Sinne der vorstehenden Ausführungen korrigieren, bzw. auf das Bruttoprinzip bezogen anpassen oder über seinen ursprünglichen Antrag abstimmen lassen will.

Gemeinderat Stefan Leuthold: "Vielen Dank, dass ich nochmals die Gelegenheit bekomme, den Antrag entsprechend zu korrigieren. Ich denke, es ist sinnvoll, diese Anpassung vorzunehmen, da auch in der Botschaft vom Bruttobetrag ausgegangen wird bzw. die Fördergelder dort noch nicht abgezogen sind. Somit müsste man auch bezüglich meines Antrags dies so handhaben und vom Bruttoprinzip ausgehen. Mein Antrag würde somit auf 58'000 Franken lauten.

Ich möchte gegenüber dem Stadtmann noch ergänzen, dass sich die gesamte Fläche von 100 m² einerseits als Band oben an den Lukarnen, also oben an diesen Gauben, realisieren lässt und andererseits auch andere geeignete Flächen zur Verfügung stehen. Das muss nicht dort sein, wo die Dachfenster geplant sind. Auf der Fläche oben auf den Gauben ist auch Dachfläche vorhanden, wo man etwas montieren kann, ganz nach dem Motto 'Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg'.

Den Jahresverbrauch des Gebäudes habe ich in der Zwischenzeit nicht ermitteln können. Sie haben dies getan. Vielleicht wäre dies nun gerade ein Anreiz, zu versuchen, diesen Energieverbrauch ein wenig zu drosseln, damit wir da einander ein bisschen näher kommen. Vielen Dank."

Gemeinderat Peter Wildberger: "Herr Stadtmann, das Argument der Verzögerung lasse ich so nicht gelten. Wir haben eine Bauauflage und wir können morgen beginnen. Das Solarprojekt ist ganz unabhängig davon. Und wenn dieses dann im Juli bewilligt ist, können wir es in die Wege leiten und die Montage vornehmen. Falls massive Probleme auftreten würden, dann lassen wir es sein."

Gemeinderat Pascal Frey: "Besten Dank dass ich noch kurz sprechen darf. Ich möchte einfach unterstreichen, wie wichtig ein solches Photovoltaikprojekt ist. Gerade weil der Verbrauch der Liegenschaft Gaswerkstrasse 13 so immens hoch ist, ist es wichtig, dass wir immerhin einen Teil der benötigten Energie mit dieser Photovoltaikanlage abdecken können. Wenn diese Investition einer Photovoltaikanlage nicht zum Energiefonds passt, wie der Stadtmann ausgeführt hat, dann passt es genau hier in dieses Bauprojekt, in diese Anträge der Botschaft, im Rahmen derer wir den Baukredit entsprechend erhöhen können. Im Weiteren verstehe ich nicht, weshalb man nicht das Projekt der Photovoltaikanlage separat nachträglich einreichen kann, damit nicht das ganze Bauprojekt neu aufgelegt werden muss. Man kann ja einfach zusätzlich ein Projekt für die Photovoltaikanlage hinzufügen."

Stadtmann Carlo Parolari: "Ich kann Ihnen noch rasch Antwort geben. Es handelt sich eben dabei um eine wesentliche Projektänderung. Ich sage nicht, dass wir das Projekt anpassen müssen, aber es löst eine wesentliche Änderung aus, sodass das ganze Bauprojekt noch einmal aufgelegt werden muss. Ihre Seite hat damit argumentiert, es bestehe ein Gerüst und dann sei es ein Leichtes, diese Photovoltaikanlage zu montieren. Bis dieses Projekt der Photovoltaikanlage im Detail ausgearbeitet ist und die Auflagefrist abgelaufen sowie die entsprechende Bewilligung erteilt ist, ist dieses Baugerüst wohl längstens wieder demontiert und der Ausbau realisiert. So habe ich argumentiert!"

Nachdem die Diskussion zum Antrag CH/Grüne/GLP erschöpft ist lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

Der **Ratspräsident** hält ferner fest, dass Gemeinderat Bruno Diethelm zwischenzeitlich die Ratssitzung verlassen hat. Somit sind noch 37 Ratsmitglieder anwesend und das absolute Mehr liegt neu bei 19.

Abstimmung Antrag CH/Grüne/GLP: Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP wird knapp mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderat Stefan Zahn: "Ich spreche im eigenen Namen. Der Stadtammann hat zwar meine kommenden Fragen bereits teilweise beantwortet.

Das Bauprojekt 'Dachausbau der Werkbetriebe' kann ich grundsätzlich unterstützen. Jedoch als Unternehmer und Nahestehender des Frauenfelder-Gewerbes hätte ich vom Stadtrat noch eine vertiefte Verständigungsfrage gerne beantwortet, welche nicht aus der Botschaft ersichtlich ist. Die Büroflächen in den Gebäuden der Werkbetriebe sind vollständig belegt und aufgrund der zunehmenden Aufgaben des immer komplexer werdenden Energiemarktes sowie des Wachstums der zukünftigen Dienstleistungsaufgaben benötigen die Werkbetriebe zusätzliche Räumlichkeiten. In den zunehmenden Aufgaben sind unter anderem Aufgaben an Beteiligungen und neuen Geschäftsfeldern enthalten, die in der Botschaft nicht im Detail aufgeführt sind.

Dem Schweizerischen Gewerbeverband sind Wettbewerbsverzerrungen von kommunalen Energieversorgern bereits ein Dorn im Auge, denn diese beteiligen sich bzw. kaufen private Haustechnikfirmen, wie zum Beispiel Elektro-, Heizungs- und Sanitärunternehmungen ein, um in allen Energiemarktbereichen der Gebäudetechnik GU-mässig gesamtheitliche Lösungen anbieten zu können. Somit konkurrenzieren sie dauerhaft und ohne gesetzliche Grundlagen private Anbieter und drängen diese aus dem lukrativen Energiemarkt. Schweizweit macht momentan der Stadtberner Energieversorger 'ewb' mit der Einkaufspolitik der Bärenfamilie von sich zu reden.

Meine Ausführungen erfolgen aufgrund der engen Zusammenarbeit unserer Werkbetriebe mit den Stadtwerken Winterthur, welche die Erfahrung und das Know-how zur Umsetzung des Energie-Contractings mit sich bringen sowie in Winterthur bereits gesamtheitliche Energielösungen anbieten und vor allem durch Heizkesselauswechslungen an Heizungen in privaten Häusern das Winterthurer Gewerbe aufs massivste konkurrenzieren.

Ich bin klar der Ansicht, dass dieses vertiefte Dienstleistungsangebot nicht in den Aufgabenbereich der Stadt bzw. der Werkbetriebe gehört, denn diese sollen für die Versorgung und nicht für Kesselauswechslungen sowie deren Unterhalt besorgt sein.

Deshalb meine Anfrage an den Stadtrat: Zielt dieser Ausbau des Hauptgebäudes der Werkbetriebe auch darauf ab, Räume für Personal zu schaffen, um bei zukünftigen Aufgaben wie z.B. Heizungskesselauswechslungen unsere Frauenfelder gewerbetreibenden Installationsfirmen zu konkurrenzieren bzw. deren Dienstleistungen zu kannibalisieren oder können Sie mir langfristig versichern, dass das Winterthurer Stadtwerkekonzept in diesem Bereich nicht übernommen wird und ich meine Unterstützung der beiden Anträge 'Bauprojekt' und 'Kredit für die Baukosten' nicht noch kurzfristig überdenken muss.

Besten Dank im Voraus für Ihre Stellungnahme."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ja, Gemeinderat Zahn, ich denke, ich habe dies schon vorweggenommen. Ich kann es aber zuhänden des Protokolls noch einmal in aller Förmlichkeit bestätigen. Es ist in keiner Art und Weise gedacht, irgendwelche Privatanbieter aufzukaufen. Ich möchte daran erinnern, dass das EW seinen Laden vor Jahren an der Bahnhofstrasse aufgegeben hat, nicht zuletzt auch wegen solcher Überlegungen. Wir haben nichts auf dem Markt bezüglich Apparateverkauf verloren. Dies ist nicht unser Business. Da werden wir niemals in Konkurrenz zu jemand anderem treten.

Die Zusammenarbeit mit dem Stadtwerk Winterthur - Sie haben dies in Ihrem Referat erwähnt - liegt im Bereich Contracting. Contracting richtet ihr Angebot für Grossanlagen, Gesamtüberbauungen und grosse Wärmeverbunde aus. Dieses Angebot bietet niemand anders an und momentan ist kein privater Anbieter dazu in der Lage. In diese Nische gehen wir hinein. Wir bieten dies zusammen mit den Stadtwerken Winterthur an, weil die Werkbetriebe Frauenfeld dafür alleine auch zu klein sind und auch nicht über das notwendige Know-how verfügen. In diesem Bereich arbeiten wir also zusammen und es ist ganz klar, und ich sage dies dezidiert, dass es nicht Ziel des Ausbaus ist, irgendwelches Personal aufzubauen, das anschliessend für irgendwelche Konkurrenzierungen gegenüber privaten Unternehmungen eingesetzt wird. Da sollten Sie mich als Liberalen und Freisinnigen kennen. Das ist definitiv nicht der Fall und dieser Fall wird auch nicht eintreten, solange ich hier am Ruder bin!"

Nachdem keine Wortmeldungen seitens des Rates mehr vorliegen, leitet der **Ratspräsident** zur Abstimmung über die beiden Anträge in der Botschaft über.

Antrag 2 lautet insofern anders, als unter Berücksichtigung des vorhin angenommenen Antrags der Fraktion CH/Grüne/GLP die Kredithöhe nun neu auf 758'000 Franken festgelegt wurde.

Abstimmungen

Antrag 1: Der stadträtliche Antrag 1 gemäss Botschaft Nr. 10 vom 13. März 2012 wird einstimmig mit 37 Ja-Stimmen angenommen.

Antrag 2: Dem Kredit von 758'000 Franken für die Baukosten im Jahr 2012 zulasten Gaswerk Konto 1205 wird mit 25 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugestimmt.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Das Bauprojekt 'Dachausbau Gaswerkstrasse 13, Hauptgebäude Werkbetriebe, Verbesserung der Isolation' wird bewilligt.
2. Der Kredit von 758'000 Franken für die Baukosten im Jahr 2012 zulasten Gaswerk Konto 1205 wird bewilligt.

Der **Ratspräsident** bittet die Rednerinnen und Redner der heutigen Sitzung ihre Manuskripte in die dafür vorgesehenen Kistchen zuhänden des Protokollführers zu legen. Der Ratssekretär ist zwecks speditiver Abfassung des Sitzungsprotokolls dafür sehr dankbar.

Er stellt weiters fest, dass somit die heutige Traktandenliste abgearbeitet ist. Die nächste Rats-sitzung findet bereits am Mittwoch, 9. Mai 2012, 18.00 Uhr, statt. Ein Dank ergeht an die Stadtgärtnerei für den einmal mehr einladend geschmückten Ratssaal. Abschliessend erteilt er noch Gemeinderat Stefan Geiges das Wort.

Gemeinderat Stefan Geiges: "Gestatten Sie mir, dass ich gemäss Geschäftsreglement Art. 36 noch eine persönliche Erklärung abgeben darf. Mir ist klar, und ich bitte den Ratspräsidenten um Nachsicht, dass ich diese persönliche Erklärung etwas spät abgebe, weil der Übergang gegen das Ende hin relativ schnell vonstattengegangen ist. Ich hoffe, dass mein Antrag zur Langfeldstrasse nicht zu einer zu grossen Verwirrung geführt hat. Ich entschuldige mich vor allem beim Ratssekretär für das mühsame Protokoll, dass er nun zu führen hat. Ich möchte doch aber auch klarstellen, dass dies passierte, weil ich zumindest diese Botschaft nicht richtig studierte und die richtigen Schlüsse daraus gezogen habe. Es ist für mich ganz klar, dass ich leider 'den Bauhelm' aufhatte, als ich diese Botschaft studierte und nicht auch den dafür erforderlichen 'Politikerhut'. Dafür möchte ich mich entschuldigen. Für mich als Bauunternehmer ist es klar, dass diese 880'000 Franken, die wir ausgeben wollten, für den anderen Beschluss richtungsweisend ist, damit die Strassensteine nicht noch einmal entfernt werden müssen. Es ist für mich auch klar, dass nichts gebaut worden wäre, dass man später hätte herausnehmen oder anders machen müssen. Dazu kennt Stadtrat Urs Müller mich als Unternehmer gut genug, dass ich im Normalfall in solchen Dingen auch normal reagiere. Ich entschuldige mich vorliegend noch einmal und hoffe, dass nun nicht in jeder Sitzung solche Debatten mit Anträgen und Gegenanträgen, die schlussendlich formell nicht richtig sind, ablaufen. Auch für mich als Bauunternehmer ist es wichtig, dass wir hier formell richtig arbeiten, denn wir sind die Vorbilder für unsere Bürgerinnen und Bürger von Frauenfeld."

Gemeinderatspräsident Michael Lerch: "Dies war ein schönes Schlusswort. Ich wünsche allen in den nächsten Tagen einen schönen Vorgeschmack auf einen hoffentlich herrlichen Sommer und all jenen, die fussballbegeistert sind, noch einen spannenden Fussballabend. Es wird etwas eng, das Spiel sehen zu können, aber es reicht gerade noch. Allen anderen wünsche ich einen gemütlichen Abend. Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

* * *

